

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **18./19. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 17. Dezember 2018

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 18.30 bis 19.30 Uhr

Vorsitz: A. Steiner (GLP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 18./19. Sitzung: R. Lüchinger (CVP), SRin B. Günthard

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2.	18.106	Wahl von vier zusätzlichen Delegierten in den Zweckverband RWU für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.	18.75 (DB)	Inkraftsetzung des 1. Nachtrags zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung	
4.	18.105 (DSO)	Beitrag von je Fr. 40'000 an den Unterstützungsverein Vogelsang Winterthur für den Betrieb des Treffpunkts Vogelsang in den Jahren 2019 und 2020	R. Lüchinger
5.	18.78 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Abfall- und Energieunterricht an den Winterthurer Volksschulen	R. Diener
6.	18.104 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2019 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder	M. Nater
7.	18.61 (DKD)	Umsetzung der Motion betr. «Überführung Theater W'thur in eine gemeinnützige Trägerschaft» (GGR-Nr. 2012.117); Erlass einer Theaterverordnung zur Ausgliederung Betrieb «Theater Winterthur» aus der Stadtverwaltung und Überführung in die gemeinnützige Aktiengesellschaft «Theater Winterthur AG»	S. Kocher
8.*	18.98 (DFI)	Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2019 «Novemberbrief»	Verschiedene

- | | | | |
|------|-----------------|---|---------------------|
| 9.* | 18.86
(DB) | Kommunale Nutzungsplanung: Festsetzung der Umzonung Wallrüti und des öffentlichen Gestaltungsplans «Schulhaus Wallrüti» | M. Bänninger |
| 10.* | 18.87
(DB) | Kredit von Fr. 28'418'000 für den Ersatzneubau des Klassentraktes, den Umbau des Singsaal- und Turnhallentraktes der Sekundarschulanlage Wallrüti in Oberwinterthur, für einen Ergänzungsbau zum Kindergarten und den Ersatz des Baumbestandes mit Instandstellung des Schulparkplatzes | M. Bänninger |
| 11. | 18.99
(DSU) | Schlussbericht «Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur» vom 6. Sept. 2018 | B. Helbling |
| 12. | 18.37
(DSU) | Monitoring und Controlling 2012 – 2016 zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050 | F. Landolt |
| 13. | 17.38
(DFI) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), Th. Leemann (FDP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft Römertor | |
| 14. | 18.110
(DSS) | Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. PraktikantInnen in Kitas | |
| 15. | 17.37
(DSS) | Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) und R. Keller (SP) betr. zusätzliches Hallenbad für Winterthur | |
| 16. | 17.14
(DKD) | Antrag und Bericht zur Motion K. Cometta-Müller (GLP), D. Hofstetter (Grüne), M. Sorgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader | |
| 17. | 17.65
(DKD) | Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), K. Gander (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Zentrum Töss | |
| 18. | 17.10
(DSO) | Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren | |
| 19. | 17.23
(DSO) | Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich | |
| 20. | 16.20
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter | |
| 21. | 16.59
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär» | |
| 22. | 16.82
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften | |
| 23. | 17.97
(DTB) | Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand | |
| 24. | 17.98
(DTB) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. «Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen» | |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse alle ganz herzlich zur letzten Sitzung dieses Jahres. In Winterthur muss man auch schon bald überlegen, einen Zusatzsaal zu eröffnen, um eine Video-Live-Übertragung zu machen, denn der Ratssaal droht aus den Nähten zu platzen. Ich begrüsse herzlich alle Gäste, ausserordentlich viele heute.

Wir kommen zu den Entschuldigungen: Entschuldigt für beide Sitzungen haben sich Renata Lüchinger und Stadträtin Barbara Günthard.

Wir haben ein Geburtstagskind: Ich gratuliere Zeno Dähler ganz herzlich zum Geburtstag.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben eine Fraktionserklärung von der EVP, Michael Bänninger.

M. Bänninger (EVP): Wir starten zur dritten Dezember Sitzung und werden heute voraussichtlich das Budget 2019 für die Stadt Winterthur verabschieden.

Rund 1.4 Mrd. Franken für rund 110'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das sind ca. 12'000 Fr. pro Person. Darin sind staatliche Aufgaben, wie der der Strassenunterhalt, die Sozialleistungen und die öffentliche Sicherheit enthalten.

An zwei Montagen haben wir darüber debattieren und parlieren dürfen, ob wir an der einen oder anderen Stelle kürzen oder gar das Budget erhöhen. Ein wichtiger Diskurs, der politisch geführt werden soll und ein Mal im Jahr auch geführt werden darf.

Wir von der EVP-Fraktion werden in der letzten Parlamentssitzung des Jahres zusätzlich ein Zeichen der Solidarität setzen.

Schweizweit wird zum 10. Mal aufgerufen, mit den Menschen auf dieser Welt zusammenzustehen. Menschen zu unterstützen, die es wirklich nötig haben, denen es bei weitem nicht so gut geht wie uns. Kinder, Familien, die den Winter nicht wie wir in beheizten Räumen verbringen können, oder sich vor Regen und Hitze nicht so gut schützen können, wie wir es uns zu leisten wissen.

Rund 70 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, vor Naturkatastrophen, Kriegen, Krisen und Armut. Auf der Flucht, in der Hoffnung, Sicherheit zu finden.

Wir von der EVP-Fraktion haben uns persönlich bereit erklärt, an der Sammelaktion teilzunehmen. Mit jeder Minute, die wir an dieser 3. und letzten Parlamentssitzung debattieren, spenden wir 4 Fr. Bei einer Doppelsitzung wären das 255 Minuten à 4 Fr. Falls jemand Lust und Interesse hat mitzumachen - feel free, es würde uns freuen.

Übrigens: 2/3 des Erlöses fliessen ins Ausland und 1/3 bleibt bei Organisationen in der Schweiz.

Geschätzte Präsidentin, wir hoffen, dass wir möglichst alle Geschäfte heute noch beraten werden. Es dient einem dreifach guten Zweck: Dem Wohl der Winterthur Bevölkerung mit einer breit abgestützten parlamentarischen Debatte, dem Abbau der Traktandenliste und es ist ein Beitrag für die Kinder, die kein Dach über dem Kopf haben.

In diesem Sinne auf eine gute, ausgewogene und lange Parlamentssitzung, die letzte in diesem Jahr.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank. Ich werde gleich noch über den Ablauf der Sitzung informieren. Zuerst ist aber noch eine FDP-Fraktionserklärung.

R. Heuberger (FDP): Will man den Wahlversprechen der Parteien Glauben schenken, so geniesst die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und der Erhalt bestehender Arbeitsplätze bei allen Parteien hohe Priorität. Betrachtet man jedoch die Realität, so sieht es doch ein bisschen anders aus.

Ich möchte an dieser Stelle offen deklarieren, dass ich Verwaltungsrätin der Max Schweizer AG bin und wir mit unserer Tochtergesellschaft, dem traditionsreichen Winterthurer Malergeschäft Schröckel, involviert waren in das, was ich im Folgenden kurz darlegen möchte. Es geht nicht um die Firma Schröckel, sondern es geht um ein grundsätzliches KMU-Thema, das ich aufzeigen möchte.

Wir suchen seit gut zwei Jahren eine grössere, zentral gelegene Liegenschaft, um unseren Handwerks-Betrieb zu vergrössern, die internen Prozesse zu optimieren und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden zu schaffen. Seit einigen Monaten werden wir in diesem Prozess vom Ansiedlungsmanager des «House of Winterthur» begleitet. Dank dieser Zusammenarbeit haben wir an der Rudolf-Diesel-Strasse eine passende Liegenschaft im Industriegebiet gefunden, im Industriegebiet, rund 3'700 m² gross, welche letzte Woche versteigert wurde. Diese Liegenschaft wollten sich in Zukunft zwei Winterthurer Handwerksbetriebe teilen.

Im Abstimmungskampf zur Baurechts-Initiative haben die Befürworter der Initiative immer wieder betont, dass Betriebe ja weiterhin Liegenschaften von privaten Anbietern kaufen könnten. So hat eine GLP-Vertreterin hier im Rat gesagt, wir sollten aufhören mit der Schwarzmalerei, es gäbe doch noch so viel Land, das von KMU-Betrieben gekauft werden könne. So viel zur Theorie.

An der Versteigerung von letztem Mittwoch hat die Stadt Winterthur gegen zwei lokale KMU mitgesteigert, um zusätzliche Landreserven im Finanzvermögen zu schaffen. Diese Landreserven können gemäss Baurechts-Initiative nicht mehr verkauft werden, sondern eben nur noch im Baurecht abgegeben werden.

Sowohl die Stadt wie auch wir unterlagen bei dieser Versteigerung. Damit ist es nur noch ein Grundsatzthema, ob ein solches Verhalten zukunftsweisend ist für unsere Stadt.

Es macht keinen Sinn, wenn wir einen Ansiedlungsmanager im «House of Winterthur» finanzieren, um Unternehmen und Arbeitsplätze in Winterthur anzusiedeln, und gleichzeitig die Stadt selbst Liegenschaften in Konkurrenz zu lokalen Gewerbetreibenden, die zudem noch vom «House of Winterthur» begleitet werden, ersteigert und damit die Ansiedlung bzw. Umsiedlung von Gewerbebetrieben ggf. aktiv verhindert. Dies ist insbesondere dann höchst störend, wenn die Stadt eine Liegenschaft ohne konkretes Projekt in das Finanzvermögen einbringen möchte, die gemäss Baurechts-Initiative eben nicht mehr veräussert werden kann. Dass die Stadt aktiv neues Land ins Finanzvermögen kauft, das anschliessend nicht mehr verkauft werden kann, davon war bei der Beratung der Baurechts-Initiative nie die Rede.

Das Verhalten des Stadtrates führt aus unserer Sicht mittelfristig direkt in die Planwirtschaft und zur aktiven Arbeitsplatzvernichtung in Winterthur, die absolut untragbar ist.

Die FDP-Fraktion fordert den Stadtrat in aller Deutlichkeit auf, inskünftig auf den Kauf von Liegenschaften in das Finanzvermögen ohne konkretes Projekt im Hintergrund zu verzichten, wenn lokales Gewerbe willens ist, eine Liegenschaft zu kaufen und in der entsprechenden Liegenschaft Arbeitsplätze für den eigenen Betrieb in Winterthur zu schaffen bzw. zu erhalten.

Stadträtin Y. Beutler: Liebe Städtische, herzlich willkommen. Schön, dass Sie sich so zahlreich heute Abend zeigen. Ich kann mir vorstellen, weshalb Sie da sind und ich hoffe, 59 andere auch.

Zuerst aber zur Fraktionserklärung. Es hat ja ein bisschen Tradition, dass man jeweils ankündigt, wenn es eine Fraktionserklärung gibt.

Ich habe kurz von Hand skizziert, um was es geht. Es geht um die Versteigerung, die letzte Woche stattgefunden hat um das Grundstück Nill, das ist da. Das wurde versteigert und die Stadt Winterthur hat tatsächlich mitgeboten. Und zwar nicht einfach ins «Juhee» hinaus, sondern weil die umliegenden Grundstücke bereits der Stadt gehören. Es wäre eine absolut sinnvolle Arrondierung des städtischen Landes gewesen, im Sinne einer aktiven und vor allem auch langfristigen Bodenpolitik. Wir haben uns in den Legislaturzielen zu einer aktiven Bodenpolitik verpflichtet und der Gemeinderat fordert diese jeweils auch.

Wenn man eine aktive Bodenpolitik betreibt, dann heisst das aber auch, dass man Land dazukauf und Grundstücke dazukauf. Und es ist das System im Moment, dass man dann in

der Regel immer in Konkurrenz steht zu anderen privaten Bewerbern. Ohne das könnten wir eigentlich nur verkaufen, aber das ist wohl nicht das, was wir uns unter einer nachhaltigen, langfristigen Bodenpolitik vorstellen.

Wir haben ein Angebot abgegeben, maximal 3.3. Mio. Fr., das war 600'000 Fr. unter dem Schätzwert. Wir waren da notabene in einem sehr fairen Preisniveau. Vergeben wurde das Land für 3.65 Mio. an ein lokales Unternehmen (Keller Messtechnik AG), das sehr froh ist, dass sie das Land übernehmen können. Es war auch nicht so, dass die Stadt Preistreiberei betrieben hätte, sondern sie wurde noch von zwei weiteren Firmen überboten. Wir machten klar den Cut bei 3.3 Mio. Unser Ziel wäre selbstverständlich die langfristige Bodenpolitik gewesen. Wir wären auch froh, wenn wir zum Teil Tauschobjekte hätten, Tauschgrundstücke, weil wir bei anderen Landentwicklungen froh wären, wir hätten Land zur Verfügung und könnten dann lokalen Unternehmen auch wieder etwas Neues anbieten. Das war unser Ziel. Für 3.3 Mio. gingen wir davon aus, dass wir eine akzeptable Rendite erwirtschaften können. Es wäre nicht das Ziel gewesen, dass dieses Land die nächsten 20 Jahre leer steht, sondern wir hätten das selbstverständlich wieder auf dem Markt platziert, wir hätten wieder anderen die Möglichkeit geboten, sich dort einzumieten. Man hätte es in einem Baurecht abgeben können, aber man hätte es auch verpachten können, wie wir das mit ganz vielen anderen Grundstücken auch machen. Die Stadt macht da etwas absolut Legitimes. Ich verstehe die Aufregung nicht.

Persönliche Erklärung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben noch eine persönliche Erklärung, Renate Dürr.

R. Dürr (Grüne/AL): Tagtäglich geben die städtischen Angestellten vollen Einsatz für die Bevölkerung der Stadt Winterthur. Sie machen das mit Leidenschaft, 100prozentigem Einsatz und höchster Qualität.

Seit ein paar Jahren leistet das Personal seine Arbeit aber unter sehr erschwerten Bedingungen. Die Sparmassnahmen der letzten Jahre haben die Aufgaben deutlich schwerer gemacht. Immer mehr städtische Angestellte verlassen die Stadtverwaltung oder fallen aus gesundheitlichen Gründen aus.

Letzte Woche wurde hier im Rat mit einer knappen Mehrheit die Kürzung der Lohnmassnahmen beschlossen. Die einen begründen das mit der finanziellen Lage der Stadt und stellen gleichzeitig den Antrag, die Steuern zu senken. Die anderen begründen es mit der Sanierung der Pensionskasse, obschon genau diese Sanierung auch wieder dem Personal aufgehalst werden soll. Das Personal versteht den Entscheid, dass ihre Lohnmassnahmen gekürzt werden, nicht. Im Gegenteil, es macht die städtischen Angestellten wütend und sie machen sich Sorgen um die Zukunft dieser Stadt, auch von unserer Stadt.

Lieber Michael Gross, noch auf Deinen Leserbrief vom Freitag: Nicht die Lohnmassnahme von 1.2 % ist armselig und zynisch, aber dass Ihr die Lohnmassnahme dorthin gedrückt habt, das verdient diese Adjektive.

Nein, ich bin nicht gegen Schuldenabbau. Aber ich bin dagegen, dass der Schuldenabbau auf dem Buckel des Personals ausgetragen wird. Und von wegen «was interessiert uns das Geschwätz von gestern»: Ihr seid für Schuldenabbau und gleichzeitig für Steuersenkung. Da geht irgendwo die Rechnung nicht ganz auf.

Ich appelliere an den Gemeinderat, heute Abend das Budget in der jetzigen Form zugunsten des städtischen Personals abzulehnen und auf die Kürzung bei den Lohnmassnahmen zu verzichten. Danke.

(Langer Applaus aus dem Publikum)

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben noch eine weitere persönliche Erklärung, Maria Sorgo.

M. Sorgo (SP): Inhaltlich möchte ich mich eigentlich nur meiner Vorrednerin Renate Dürr anschliessen. Auch wir sind der Meinung, dass die Voten letzte Woche sehr viel ausgelöst haben, auch sehr viel Bestürzung ausgelöst haben. Ich glaube, der Aufmarsch jetzt gerade hat das auch gezeigt, dass das Personal zur Kenntnis nimmt und dass das für das Personal auch eine sehr schwierige Situation ist.

Ich möchte nur noch etwas anhängen an das Votum von Renate Dürr. Wir appellieren an die bürgerliche Seite und die Grünliberalen: Es sind auch heute noch verschiedene Sparanträge, die ausstehen. Wir haben noch verschiedene Anträge, die wir diskutieren im Rahmen des Budgets. Und wir würden eigentlich erwarten, auch in Angesicht dessen, dass das Personal, wie wir gesehen haben, doch immer mehr auf diese Situation reagiert und unter dieser Situation leidet, dass Ihr vor der Schlussabstimmung noch einmal in Euch geht, Euch nochmals überlegt, ob das jetzt wirklich nötig ist, dass man einfach die Sparmassnahmen beim Gesamtpersonal bei den Lohnmassnahmen so durchdrücken muss oder ob man auf diesen Entscheid nicht nochmals zurückkommen könnte.

Mitteilungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich informiere darüber, wie der heutige Abend ablaufen soll. Euch geht es sicher gleich wie mir, wir hätten alle gerne einen freien Abend gehabt. Wir können jetzt noch bestimmen, wie lange der Abend gehen soll.

Ich hatte leider keine Kenntnis von Michael Bänningers Wunsch, diese Sitzung möglichst lange zu machen, deshalb habe ich das ein bisschen anders geplant. Es geht folgendermassen: Wenn Ihr das Budget bis 18.30 Uhr fertig beraten habt, würden wir die zweite Sitzung mit dem Traktandum 9 und 10 gleich anschliessen und dann fertig machen. Wenn das Budget bis 18.30 Uhr nicht fertig beraten wäre, würden wir eine Pause machen wie üblich und dann eine zweite Sitzung wie üblich.

Um Voten kurz zu halten, habe ich relativ wenig in der Hand. Am meisten in der Hand haben vielleicht noch die Fraktionskollegen, um ab und zu vielleicht jemanden aus der eigenen Fraktion darauf aufmerksam zu machen, sich bitte kurz zu halten, und dann schaffen wir das auch in der ersten Sitzung.

Als letzte Information: Marc Wäckerlin hat sich wieder vorbehalten, Filmaufnahmen von seinen eigenen Voten zu machen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2018.98: Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2019 «Novemberbrief»

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann fahren wir jetzt mit der Budgetberatung fort.

Wir sind im Drehbuch beim Departement Schule und Sport, wir haben also die ersten vier Departemente letztes Mal abgeschlossen. Wir kommen zum Departement Schule und Sport.

Wir haben beim Produkt Volksschule keine Anträge.

Wir haben beim Produkt Einkauf und Logistik ebenfalls keine Anträge.

Dann kommen wir zum Produkt Sonderschulung. Dort haben wir zwar keinen Antrag, aber die CVP-Fraktion mit Andreas Geering wünscht das Wort.

A. Geering (CVP/EDU): Bei der Produktgruppe 534 Sonderschulung haben wir eine Neugliederung der Produkte. Wir möchten das so einfach auch festhalten, damit man das hört

und sieht. Wir haben neu nicht mehr ein Produkt, sondern vier Produkte in dieser Produktgruppe. Inhaltlich macht das absolut Sinn und es wurde deshalb auch in der Kommission nicht bestritten, sondern man hat das auf dem pragmatischen Weg so auch unterstützt und akzeptiert.

Aber trotzdem möchten wir darauf hinweisen, dass eigentlich in der Budgetdebatte nur über die parlamentarischen Zielvorgaben und den Globalkredit beschlossen werden und nicht die Gliederung der Produktgruppe.

Der Stadtrat hat uns in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, dass das so ist und wenn wir etwas ändern wollen an der Struktur, solle man das doch bitte über Anträge machen und Budgetmotionen und -postulate verwenden. Wir bitten den Stadtrat, das künftig auch so zu machen, wenn die Struktur der Produkte verändert wird – dass er das auch auf den Weg schickt, so dass man das auch inhaltlich genauer anschauen kann. Und nicht hinten im Budgetbuch zu bringen, wo wir das eigentlich gar nicht beschliessen können.

Wie gesagt, im Sinne eines pragmatischen Vorgehens, weil es inhaltlich Sinn macht, haben wir das nicht bestritten. Ich nehme an, das wird nachher auch so beschlossen und im nächsten Budget dann so im Buch drin sein mit diesen vier Produktgruppen.

F. Helg (FDP): Ich habe das in meinem Einleitungsvotum als AK-Präsident schon gesagt: Es braucht für diese Anpassung, dass man sie überhaupt vollziehen kann, noch eine Anpassung der Verordnung über den Finanzhaushalt. So heisst das glaube ich – ich bin jetzt nicht ganz vorbereitet auf meine Replik. Und das ist an sich der normale Weg, dass man das dann aufgleist. Ich denke, im nächsten Jahr muss man dort ja ohnehin nochmals über die Bücher, weil es ja dort auch eine Änderung gibt im Bereich der Behörden, des Gemeinderates, der ja dann auch eine eigene Produktgruppe geben soll, so dass man das Verfahren, wie es auch in der Vergangenheit der Fall war in den letzten Jahren, auch sauber geregelt und in der Verordnung entsprechend aufgezeigt hat.

Stadtrat J. Altwegg: Tatsächlich ist es so, dass das eine Unterlassung von unserer Seite war, dass wir es verpasst haben, Ihnen das im ordentlichen Prozess zu unterbreiten. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt in der Meinung, dem Wunsch der BSKK zu entsprechen, die Produkte neu so zu gliedern, damit sie eine bessere Übersicht haben. In dem Sinn haben wir dem Wunsch des Gemeinderates entsprochen.

Aber selbstverständlich werden wir das noch entsprechend nachholen mit einer solchen Beschlussfassung, über die Sie auch noch abstimmen können, damit das wirklich alles seine Ordnung hat. Und allerspätestens beim nächsten Budget sollte das dann alles in Minne sein. In dem Sinn Entschuldigung, dass wir das unterlassen haben, das bereits im Vorfeld so zu machen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre das Produkt Sonderschulung abgenommen.

Familie und Betreuung: Keine Anträge. Damit ist das auch abgenommen.

Berufsbildung: Da gibt es keine Anträge. Damit ist das auch abgenommen.

Beim Sportamt gibt es zwar keine Anträge, aber Jürg Altwegg hat noch eine Präzisierung.

Stadtrat J. Altwegg: Es tut mir leid, es ist quasi der zweite Unterlassungsfehler, der passiert ist bei uns. Der Rotstift, der die Fehler korrigiert, hat offenbar bei den Lehrern nicht so funktioniert.

Wie dem auch sei. Beim Sportamt, bei den Investitionen (wir sind auf der Seite 126 im Teil A, ganz unten), finden Sie den Kunstrasen Talgut. Dort haben wir eingestellt: Sportanlagen Ausführung 1.7 Mio. Es hat einen Sperrvermerk, dort bekommen Sie noch eine Weisung von uns. Damit wir Ihnen aber diese Weisung zur Verfügung stellen können, müssten wir vorher noch ein bisschen Planen. Und bei allen anderen Einträgen finden Sie immer getrennt Projektierung / Ausführung. Das ging da vergessen, bereits im letztjährigen Budget. Neu würden wir

gerne mit Ihnen einen Beschluss aufteilen: 100'000 Fr. Projektierung und entsprechend 100'000 Fr. weniger, 1.6 Mio., dann für die Ausführung. Auf diese Art und Weise können wir nächstes Jahr auch anfangen zu planen. Wenn Sie das ablehnen würden, würden wir ein Jahr warten, bis wir mit dem nächsten Budget dann regulär diese Projektierung so ins Budget nehmen können. Ich denke aber, es ist auch Ihr Wunsch, dass man das plant, damit Sie nächstes Jahr auch darüber abstimmen können, ob man das ausführen soll oder nicht. Ich hoffe auf Ihr Wohlwollen. Ich möchte mich auch da entschuldigen für den Fehler, der im Budget passiert ist.

Ratspräsidentin A. Steiner: Darf ich nachfragen? Jetzt sind 1.7 Mio. drin.

Stadtrat J. Altwegg: Jawohl. Der obere Teil, so ist es jetzt drin auf Seite 126. Und neu möchten wir statt 1.7 Mio. aufteilen in 100'000 Fr. und 1.6 Mio.

M. Gross (SVP): Darf der Stadtrat überhaupt Anträge machen nachträglich im Budget? Uns wurde damals vom Finanzamt gesagt in der BBK, das müsste jemand von uns sein, um einen Antrag zu stellen im Rat.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es ist eine Präzisierung von Seiten Stadtrat, der Betrag bleibt gleich – ich hätte es pragmatisch gelöst.

Stadtpräsident M. Künzle: Das, was Ihr jetzt behandelt, ist unser Antrag. Und deshalb können wir eigentlich jederzeit wieder auf diesen Antrag zurückkommen. Der Stadtrat hat das Recht, bei dieser Budgetdebatte neue Anträge zu stellen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Es gibt keinen Ablehnungsantrag zu diesem Antrag, damit haben wir diesem Antrag entsprochen. Damit wäre auch das Produkt Sportamt abgenommen und entsprechend das ganze Departement Schule und Sport.

Wir kommen zum Departement Soziales.

Bei der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde gibt es keine Anträge.

Bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe gibt es Anträge von Seiten SVP, Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (SVP/PP): Es geht um eine Reduktion des Globalkredits. Dieser Globalkredit wurde erhöht, weil der Stadtrat gerne zusätzliche Stellen der Sozialhilfe, die eigentlich geplant sind mit diesen Stellen gemäss den Massnahmen zum Büro BASS zu machen, aber er hat das jetzt da zeitlich vorgezogen, diese 3.5 Stellen. Wir sind der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, dass man einen solchen Stellenaufbau zu schnell macht. Deshalb stellen wir da den Antrag, diese 3.5 Stellen (entsprechend 394'000 Fr.) zu streichen und dann gemäss dem normalen Plan weiterzugehen.

D. Schneider (FDP): Die FDP hat diesen BASS-Massnahmen seinerzeit zugestimmt, deshalb unterstützen wir den Antrag der SVP nicht. Stossend ist bei dieser ganzen Sache einfach, dass das erst im Novemberbrief kommuniziert wurde. Das haben wir in der SSK auch diskutiert. Es ist wichtig, dass man mit den BASS-Massnahmen konsistent bleibt.

B. Helbling (SP): Die SP-Fraktion lehnt die Kürzung des Globalkredites ab. Ich möchte dringend darum bitten, dass diese 3.5 Stellen geschaffen werden können. Es geht da entgegen dem Antrag der SVP nicht um zusätzliche Stellen in der Sozialhilfe, sondern um zusätzliche Stellen bei der Abteilung Zusatzleistungen. Auch dort ist die Falllast ein Thema und - wir haben es gehört - es ist im Bericht des Büro BASS erwähnt worden. Wir haben in dieser Abteilung eine Falllast von 296 Fällen pro 100%-Stelle. Wir sprechen eigentlich von einem kantonalen Richtwerk von 180 Fällen bei einer 100%-Stelle. Wir wollen da

v.a. auch die Angestellten schützen. Es gibt da eine so hohe Falllast, dass es zu schwierigen, ja eigentlich nicht mehr haltbaren Zuständen und grosser Überarbeitung führt. Das führte dazu, dass jetzt die Besetzung von 3.5 Stellen vorgezogen wurde und nicht erst, wie zuerst geplant, in zwei Jahren angegangen wird. Diese Stellenschaffung ist wichtig.

S. Müller (EVP): Wir als EVP stellen uns entschieden gegen diesen Streichungsantrag. Die Zahlen wurden bereits erwähnt, die muss ich nicht wiederholen. Im Bericht hiess es auch, das Personal ist massiv unterdurchschnittlich bemessen gegenüber der Falllast. Deshalb sprechen wir uns für die beantragten 3.5 Stellen aus. Man kann auch nicht, wie es im Antrag heisst, von «zu schnellem Stellenaufbau» sprechen. Nach unserem Sinn ist das eher bald zu spät. Die Arbeitsbelastung ist riesig, Kündigungen und Krankheitsausfälle nehmen zu – für uns eindeutige Indizien dafür, dass da gehandelt werden muss. Und in diesem Sinn: Besten Dank dem DSU für das Reagieren.

R. Dürr (Grüne/AL): Ich glaube, in Anbetracht dessen, dass wir die Sitzung um 18.30 Uhr fertig haben möchten (mindestens das Budget), nur ganz kurz: Wir lehnen den Antrag natürlich ab und ich würde meinen Vorrednern Bea Helbling und Sämi Müller zustimmen.

M. Zehnder (GLP): Wir sehen es etwas kritisch, dass der Stellenaufbau jetzt gerade in diesem Jahr etwas schnell passiert und möchten doch dem Departementschef ans Herz legen, dass er die Stellenaufbau-Besetzung genauer anschaut und allenfalls staffeln kann. Wir kennen aber die Falllast-Zahlen, die momentan sehr schlecht sind für die Arbeit und eigentlich auch schlecht für die Leute, die da betreut werden. Wir werden den Antrag der SVP diesmal nicht unterstützen.

I. Kuster (CVP): Es macht auch auf die CVP/EDU-Fraktion keinen guten Eindruck, dass im Novemberbrief plötzlich 3.5 Stellen für die Sozialhilfe beantragt werden. Die 2. Hochrechnung hätte diesen zusätzlichen Bedarf zu Tage gebracht haben sollen. Und damit sind die im Budgetbuch angekündigten Stellenreduktionen von 2.8 gleich wieder hinfällig geworden. Es bleibt ein Nullsummenspiel. Trotz unserer Kritik unterstützen wir den Antrag der SVP nicht.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für die Voten und die Kürze der Voten. Ich werde mich auch daran halten. Um es vielleicht noch zu veranschaulichen: Es ist so, wir haben eine sehr hohe Fallbelastung in der Hauptabteilung Sozialversicherung. Wie es Bea Helbling gesagt hat, es geht da um die Sozialversicherung. Ist August 2018 war die Fallbelastung pro 100%-Stelle bei 296 bei den Zusatzleistungen - der kantonale Durchschnitt (gelb in der Grafik) und die kantonalen Empfehlungen (grün) liegen ziemlich pikant darunter. Das sieht man wohl mit jeder Sehschärfe. Und wenn man diese Stellen stärken würde, kämen wir dann im Aufbau auf dieses Soll. Wir würden also halbieren, was über dem Durchschnitt ist. Ich glaube, es ist nötig. Es ist tatsächlich so, dass wir im Nachhinein sagen müssen, wir haben beim steigenden Fallwachstum in schwierigen Finanzsituation nicht nachgezogen haben mit den Stellen. Man hatte in der ganzen Stadt da natürlich immer einen Druck und ich glaube, es ist tatsächlich nicht so, dass man jetzt zu schnell kommt – sondern im Nachhinein muss man sagen, man hätte vielleicht doch die eine oder andere Stelle auch in einer schwierigen Situation sprechen müssen. Man bringt solche Dinge ungern im Novemberbrief, das verstehe ich. Da gab es kritische Voten, die nehme ich entgegen. Es hat die Situation natürlich insofern verschärft, dass wir einerseits Ausfälle hatten, krankheitsbedingt, Kündigungen, die explizit mit der Stellenbelastung zu tun hatten (mit der Fallbelastung), die wir auffangen mussten. Da merkte man, man kommt auf eine Kostenüberschreitung im laufenden Jahr. Deshalb sagte man, dass man die Stellen, die man im IAFP drin hatte, jetzt nimmt, um die Situation zu stabilisieren und nicht (was wir dieses Jahr haben) Kosten darüber hinaus zahlen müssen, ohne das eigentliche Belastungsproblem wirklich anzugehen. Ich würde mich deshalb dafür bedanken, wenn Sie diesen Antrag wie beantragt unterstützen würden.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der SVP (Reduktion Globalkredit um 394'000 Fr.) zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dagegen ist?

Damit wäre dieser Antrag abgelehnt.

Das Produkt Sozial- und Erwachsenenhilfe ist damit abgeschlossen.

Bei Prävention und Suchthilfe gibt es keine Anträge.

Bei der individuellen Unterstützung gibt es Anträge von Seiten SVP und FDP. Bitte die SVP.

M. Wackerlin (SVP/PP): Wir haben das ja schon einmal gehört: Viele dieser Mehrausgaben, die gemacht wurden und über die wir zum Teil da auch schon entschieden haben, kamen durch die Umwandlung der Ausländerkategorie F in die Asylfürsorge des Kantons.

Diese Mehrkosten von 3 Mio. werden hier auch so begründet. Die SVP hingegen ist nicht der Meinung, dass die Gemeinde diese Kosten übernehmen soll, sondern dass diese Kosten eingespart werden sollen. Bei den Wohnkosten hat die Stadt Winterthur bis jetzt noch gar nichts reduziert. Das finden wir falsch. Man kann ja mindestens voraussetzen, dass z.B. ein Zimmer mit zwei Personen belegt werden müsste und dass es nicht unbedingt einen Anspruch auf eigene Wohnung gibt. Da gäbe es noch Potential.

Im Weiteren zeigt ein Vergleich mit anderen Gemeinden, den der Landbote da sehr vorbildlich einmal gemacht hat, dass man durchaus auch mit tieferen Kosten auskommen kann.

Wir sind der Meinung, dass der richtige Betrag, um da zu kürzen, diese 3 Mio. sind. Wir sehen aber auch, dass die FDP da einen Gegenantrag gestellt hat mit 1 Mio. So wie es sich gezeigt hat in der Kommission, ist dort eher ein Konsens zu finden. Entsprechend sind wir da bereit, unseren Antrag an dieser Stelle zurückzuziehen zugunsten des FDP-Antrages, den wir dann unterstützen werden.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann darf ich die FDP bitten, David Schneider.

D. Schneider (FDP): Ich habe es mir aufgeschrieben, ganz knapp und klar. Im Hinblick auf die Abstimmung zum Sozialhilfegesetz und die ganze Diskussion dazumals, als es um diese Million ging. Ihr könnt Euch noch erinnern an diese Abstimmung, da haben wir ausgiebig diskutiert und die FDP ist der Meinung, dass man da eine Reduktion macht, die mehrheitsfähig ist, und dass man da einfach auf eine Million ginge. Ich will es nochmals ganz kurz ausführen: Es ist eine Simulation, man geht da von 380 Personen aus. Das ganze Wohnkonzept ist noch nicht ganz fertig gedacht, wir denken, das hat noch Potential. Was kann man im Wohnbereich noch machen? Und wir haben den Antrag, dass man die 3 Mio. auf 2 Mio. reduziert, also einen Kompromiss macht.

S. Näf (SP): Wir haben es gehört, aufgrund der Ergebnisse der Abstimmung vom September 2017 entstehen in Winterthur Mehrkosten durch die Integration von vorläufig aufgenommenen Menschen. Es war bereits vor dieser Abstimmung Thema, dass diese Vorlage bei den Gemeinden zu Mehrkosten führen wird, weil die Integrations- und Unterbringungsleistungen der Gemeinden nicht mehr kostendeckend entschädigt werden. In den Abstimmungsunterlagen des Kantons wurde dann auch u.a. ausgeführt: «Den Gemeinden würden aber zusätzliche Kosten für die Integration entstehen, die künftig nicht mehr durch den Kanton rückerstattet werden könnten.»

Als wir das Gemeindereferendum gegen diese kantonale Vorlage ergriffen haben, ging der Stadtrat vorsichtig gerechnet davon aus, dass in Winterthur die jährlich wiederkehrenden Mehrkosten mehr als 1 Mio. Fr. betragen werden. Dabei hat der Stadtrat bereits damals darauf hingewiesen, dass sich diese Summe bei einem Anstieg von vorläufig aufgenommenen Personen vervielfachen kann.

Im letztjährigen Novemberbrief zum Budget 2018 wurden 1.28 Mio. Fr. eingestellt, unter der Annahme, dass das neue Gesetz per 1. Juli 2018 in Kraft treten würde. Hochgerechnet auf

ein ganzes Jahr ergibt das 2.56 Mio. Fr. Auf dieser Basis der letztjährigen Budgetannahmen und in Anbetracht der höheren Zahl an vorläufig aufgenommenen Menschen, die inzwischen da in Winterthur untergebracht sind, sind die 3 Mio. Fr. somit eine realistische Annahme. Von daher können wir die Idee der FDP, das jetzt einfach (aus Gründen, die wir nicht nachvollziehen können) um 1 Mio. Fr. zu kürzen, nicht nachvollziehen.

Nochmals klarstellen möchten wir, dass die vorläufig aufgenommenen Menschen jetzt deutlich weniger erhalten als Personen, die normale wirtschaftliche Sozialhilfe erhalten. Mangels kantonaler Umsetzungsvorlagen hat die Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur, wie die grosse Mehrheit der Gemeinden im Kanton Zürich, die Empfehlungen der kantonalen Sozialkonferenz übernommen. Der Grundbetrag für den Lebensunterhalt von vorläufig aufgenommenen Menschen wurde per 1. Juli 2018 auf einen Schlag um 30% gekürzt worden. Die betroffenen Personen müssen also aufgrund der Umsetzung dieses Volksentscheids aus dem Jahr 2017 seit Juli 2018 auf einen Schlag mit deutlich weniger Geld auskommen als vorher. Bei den vorläufig aufgenommenen Personen handelt es sich oft um Menschen, die aus einem Kriegsgebiet hierhin geflüchtet sind und langfristig da bleiben.

Was die Idee mit den Kollektivunterkünften betrifft, wäre das einerseits für die Stadt nicht günstiger als Unterbringung in Wohnungen, insbesondere weil bei Kollektivunterkünften Personalkosten anfallen. Andererseits erschwert die Unterbringung in Kollektivunterkünften die Integration und ist für Personen, die jahrzehntelang bei uns leben, unzumutbar.

Deutsch- oder Integrationskurse und berufliche Qualifizierungsprogramme leisten einen wichtigen Beitrag zu einem guten und friedlichen Zusammenleben. Gescheiterte Integration kommt uns finanziell und gesellschaftlich deutlich teurer zu stehen.

Die SP setzt sich für eine solidarische Stadt ein und lehnt diesen Kürzungsantrag der FDP entschieden ab.

S. Müller (EVP): Ich bedanke mich für das Votum von Silvana, ich kann die Hälfte weglassen, ich schliesse mich dem Votum natürlich an. Ich möchte die Zahl von 30% noch kurz ausführen. Es ist eben nicht so, dass nichts gekürzt wurde. Eine 5köpfige Familie erhält heute einen Grundbedarf von 1'670 Fr. - 700 Fr. weniger als vorher. Unserer Meinung nach ist gerade für Familien auch ein Rückzugsort wichtig, mit guten Lernbedingungen. Wir finden das Sparen beim Wohnen (ob jetzt Familie oder nicht) nicht zielführend für gute Integrationsbedingungen und lehnen den Antrag ebenfalls ab.

M. Zehnder (GLP): Wir unterstützen das Votum der FDP. Vor allem dünkt uns es uns stichhaltig, dass es sich vorläufig um eine Modellrechnung handelt. In dieser Modellrechnung gibt es auch Dinge, die man nicht so genau voraussehen kann, und wir wollen nicht, dass in dieser Produktegruppe schon zu viele Reserven drin sind. Und wir denken auch, dass man gerade bei Wohnungen allenfalls günstigere Wohnungen oder auch mehr Personen pro Zimmer einrechnen kann. Wir unterstützen den Antrag der FDP.

M. Wackerlin (SVP/PP): Noch eine kleine Replik zu dem vorher Gesagten. Es einfach ein Problem, das man hat. Ja, die Leute kommen aus Kriegsgebieten, aber der Grund, weshalb sie zu uns kommen, ist halt eben auch – und deshalb steigt die Sozialhilfe bei uns auch Jahr für Jahr an, auf einem sehr hohen Bereich - ist das Verhältnis der Sozialhilfe im Herkunftsland dieser Leute und bei uns. Und wenn wir mit den Standards zu hoch oben hineingehen, dann ist einfach der Migrationsdruck viel höher. Migrationsdruck besteht im Prinzip dann, wenn es einen Vorteil gibt zum Migrieren. Und einen Vorteil zum Migrieren gibt es entweder, wenn man an diesem Ort eine gute Arbeitsstelle findet - da habe ich persönlich absolut nichts dagegen. Wer kommt, und sich eine Existenz da aufbauen will, der soll kommen und soll das machen. Aber das Problem ist dann, wenn die Leute zu uns kommen und eigentlich von Anfang an keine Chance haben, um jemals ein selbstbestimmtes, selbständiges Leben zu haben und wirtschaftlich eigenständig zu werden. Und genau da finde ich, sollten wir den Migrationsdruck möglichst tief halten. Und den hält man tief, indem man die Sozialleistungen tief hält.

B. Helbling (SP): Ich muss jetzt halt doch noch etwas sagen. Es ist einfach nicht wahr. Es ist nicht wahr, dass es sich bei Menschen, die vorläufige Aufnahme erhalten, um irgendwelche Wirtschaftsflüchtlinge oder was auch immer handelt. Und damit ich nicht wieder in die Ecke von «Ihr erzählt alles Blödsinn» geschoben werde, habe ich ein fact sheet der UNHCR (mandatierte internationale Organisation für Flüchtlingsschutz und Teil der vereinten Nationen). Die UNHCR unterstützt nachdrücklich Bestrebungen, die vorläufige Aufnahme für sogenannte Kriegs- und Gewaltvertriebene, die nicht als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, durch einen neuen Status zu ersetzen. Leider sind wir hier in der Schweiz noch nicht so weit.

Kriegs- und Gewaltvertriebene haben den gleichen Schutzbedarf wie andere Flüchtlinge. Sie können nicht in ihr Heimatland zurückkehren, da sie dort an Leib und Leben bedroht sind. Diese Gefahr besteht unabhängig davon, ob diese Menschen diesen Situationen zielgerichtete Verfolgungsmassnahmen im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention befürchten müssen, oder zufällig verfolgt werden von den kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die Konflikte in Afghanistan, in Somalia, in Syrien zeigen, dass Konflikt- und Gewaltsituationen häufig viele Jahre oder Jahrzehnte andauern. Die Schutzbedürftigen bleiben deshalb länger bei uns oder in einem anderen Aufnahmeland, unabhängig davon, ob sie vor Verfolgung oder vor den allgemeinen Kriegsfolgen geflohen sind – und nicht wegen wirtschaftlichen Vorteilen oder was auch immer.

Die voraussichtliche Dauer vom Schutzbedarf von Flüchtlingen und anderweitig Schutzbedürftigen unterscheidet sich nicht. Und deshalb hat der Bund beschlossen, dass auch diese Integrationsmassnahmen zu Gute haben. Deshalb sind sie international geschützt, verschiedene Menschenrechtsnormen verbieten ihre Abschiebungen in Pärke in der Stadt. Deshalb werden Kriegs- und Gewaltvertriebene in vielen Staaten als Flüchtlinge anerkannt, auch wenn sie individuelle Verfolgung nicht nachweisen können. Und deshalb erhalten sie, beispielsweise im europäischen Kontext, einen subsidiären Schutzstatus, der den Kriegs- und Gewaltvertriebenen ohne Flüchtlingsstatus in vielen Bereichen die gleichen Rechte und Leistungen wie Flüchtlingen gewährt.

Nur wir in der Schweiz und in Liechtenstein haben keinen solchen Schutzstatus für sie. Zum Glück haben wir aber im Gesetz drin, dass sie Integrationsmassnahmen zu Gute haben. Akzeptiert das doch einfach mal!

M. Wackerlin (SVP/PP): Eine kurze Replik zugunsten der EVP-Sammelaktion an Bea Helbling. Wir sprechen ja nicht von allen Flüchtlingskategorien, sondern wir sprechen ja nur von denen, die in der Sozialhilfe sind. Es gibt auch sehr viele positive Beispiele von Flüchtlingen, gerade aus Syrien, die mit einer relativ guten Bildung hierhinkommen, die hier schnell eine Stelle finden und selbständig leben können. Ich denke, das sind die, wo man eher offen sein sollte. Man kann auch ein bisschen selektiv sein, wen das wir aufnehmen.

D. Oswald (SVP): Es ist offensichtlich, auch da in dieser Diskussion, die unterschiedlichen Auffassungen im ganzen politischen Spektrum, wer, welche Flüchtlinge, unter welchem Begriff, sollte in eine (aus unserer Sicht) vermeintlich bessere materielle Situation gebracht werden. Es ist einfach eine Tatsache, es ist ganz klar auch die Position der SVP, dass wir gegen die Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs als solches sind. Und die Argumentation, die immer gebracht wird wegen den Integrationsmassnahmen – es ist einfach so: Wenn man von vorläufig Aufgenommenen spricht, sprechen wir von Leuten, die eigentlich nicht hier bleiben sollten, sondern die nach Möglichkeit möglichst schnell wieder in ihr Ursprungsland zurück sollten.

Und das heisst auch, dass die Integration dort eine ganz andere Situation darstellt, ein ganz anderer Stellenwert hat als bei den Leuten, die schlussendlich da bleiben. Dort müssen wir integrieren, aber nicht bei den Leuten, die schlussendlich nicht da bleiben. Denn sonst können wir das Ganze ad absurdum führen und das ist einfach falsch, wenn wir da sagen, es ist jetzt einfach so, wir haben sie da, also integrieren wir sie. Nein, da setzten wir ein falsches Zeichen.

Und ausserdem ist es einfach auch ganz klar: Die Bevölkerung des Kantons Zürich hat darüber abgestimmt. Sie hat gesagt, dass sie da eine andere Behandlung will. Sogar die Stimmbewölkerung in der Stadt Winterthur hat dieser Änderung zugestimmt. Und wir sind der Meinung, es liegt auch in unserer Verantwortung, das entsprechend so umzusetzen. Es ist schon hinlänglich von unserer Seite aufgeführt worden, dass man da sehr wohl Spielraum hat (obwohl auch immer etwas anderes behauptet wird) und deshalb sind wir der Meinung, die Stadt Winterthur muss den möglichen Spielraum auch nützen und das so umsetzen, wie das auch das Volk will.

Dass Ihr auf der linken Seite das anders wollt, das Euer gutes Recht, das so zu haben. Das ist grundsätzlich nicht das Problem. Aber da müssten wir uns dann einmal fragen, was bringen denn all die Millionen, die wir jedes Jahr in die Entwicklungshilfe stecken? Wenn das alles so gut laufen würde, wenn das alles so gut wäre mit dem Geld verteilen, dann müssten schon lange alle Probleme gelöst sein und es sollten keine Leute mehr gezwungen sein, aus wirtschaftlicher Not in eine andere Richtung zu gehen. Und wenn wir noch die internationalen Organisationen ansprechen wollen: Es ist klar, dort sind die Länder in der Mehrheit, die Interesse haben, dass ihre Leute, die sie nicht ernähren können, weggehen. Und ich glaube, das sollten wir nicht auch noch unterstützen.

Stadtrat N. Galladé: Visualisieren kann Dinge manchmal vielleicht unterstützen, die teilweise jetzt auch schon gesagt wurden. Im Grundsatz: Ausgangslage war eigentlich die (das ist die kantonale Abstimmungszeitung). Sie sehen gelb angestrichen, dass eine Parlamentarische Initiative von der SVP in den Kantonsrat kam, der Kantonsrat unterstützte diese - Ihr habt ja das Referendum ergriffen – und dass das zu einer Kürzung führt für vorläufig Aufgenommene, die neu über Asylfürsorge statt über Sozialhilfe. Und dann der Punkt: «Damit können Kosten von gesamthaft 5 bis 10 Millionen Franken eingespart werden. Den Gemeinden würden aber zusätzliche Kosten für die Integration entstehen, die künftig nicht mehr durch den Kanton rückerstattet werden könnten.» Also wir haben damals darüber abgestimmt: Soll der Kanton die Gemeinden belasten, die Kosten abwälzen – Ja oder Nein? Und man hat damals darüber abgestimmt, ob man beim Grundbedarf für vorläufig Aufgenommene die Mittel kürzen. Um das ging es. Die Frage, ob man sie integriert oder nicht (jetzt auch an Herrn Oswald), die stellt sich nicht, denn wir haben von Bundesebene den Auftrag, diese zu integrieren. Die anerkannten Flüchtlinge und die vorläufig Aufgenommenen werden bei den Integrationsbemühungen immer im Auftrag in einem Atemzug erwähnt, in allen schriftlichen Sachen. Das war die Ausgangslage.

Wenn es keine kantonalen Regelungen gibt, dann ist es ein bisschen schwierig, denn dann kann man sich an nichts halten. Deshalb haben wir die Empfehlungen der Sozialkonferenz befolgt, die der Grossteil von allen Gemeinden im Kanton umsetzt. Sie finden, wenn man keine Regelung hat, immer eine Gemeinde, die das nicht macht, das ist so – aber man kann sich so ein bisschen am common sense orientieren und der liegt in den Empfehlungen der kantonalen Sozialkonferenz. Diese hat auch die Sozialhilfebehörde beschlossen, also eigentlich ist der Rahmen beschlossen. Es bringt nicht viel, ob man jetzt eine Million mehr oder weniger gibt, weil das eben in der Kompetenz der Sozialhilfebehörde ist, die hat beschlossen, damit man das auch fristgerecht umsetzen kann, dieses Gesetz. Das kam auch immer von der SVP her: «Wann kommt das denn? Können wir das fristgerecht umsetzen?».

Da sieht man nochmals die Gegenüberstellung: Wir haben in der rechten Kolonne das Neue. Man hat den Grundbedarf auf 70% gekürzt, man hat den Einkommensfreibetrag halbiert. Die KVG-Richtlinie bleibt gleich. Nun gut, vielleicht gibt es Vermieter, die sagen, jemandem mit F-Status vermieten wir die Wohnung zum halben Preis – das ist nicht immer ganz realitätskompatibel.

Und übrigens, ich habe gerade diese Woche Post erhalten von Martin Farner. Sämtliche Weinländer Gemeinden setzen das auch so um. Das ist ja auch nicht gerade die «Zelle» des links-revolutionären Aufbruchs, würde ich sagen. Das ist also der common sense, wie man es umsetzt.

Dann vielleicht nochmal zur Integrationssache aus aktuellem Anlass. Der Landbote, ich referenziere auf einen Artikel von letzter Woche: Integrationsagenda. «Bund und Kantone haben

im Frühling 2018 die Integrationsagenda Schweiz verabschiedet, um vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge rascher in die Arbeitswelt und die Gesellschaft zu integrieren.» In dieser Integrationsagenda sind genau diese beiden Gruppen mit dem genau gleichen Integrationsanspruch angedacht. Und weil man mehr Mittel bekommt, sind wir noch stärker verpflichtet, genau die gleichen Integrationsmassnahmen zu machen. Das widerlegt die Aussage, bei vorläufig Aufgenommenen müsse man vielleicht ein bisschen weniger integrieren.

Und dann noch der Bezug zur Abstimmung in der vierten Spalte: «Trotz der höheren Pauschale des Bundes ist die Integration von vorläufig Aufgenommenen aber eine finanzielle Herausforderung für die Gemeinden. Da das Volk 2017 Ja sagte zur Rückkehr zur Asylfürsorge statt der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene, erhalten die Gemeinden vom Bund unter dem Strich weniger Geld als bisher.»

Und das führt dazu, dass wenn wir das jetzt nach unseren Modellzahlen anschauen (und unsere Modellzahlen sind mittlerweile ziemlich gut), dass wir da nachführen müssen. Selbstverständlich können Sie auch eine Million streichen. Spannend ist einfach (das ist die letzte Folie, die ich zeige): Das ist der Novemberbrief vor einem Jahr. Dort haben wir gesagt, das ist das, was Frau Näf ausgeführt hat, Finanzierung vorläufig Aufgenommene + 1.3 Mio. Fr. Wir sagen, wir müssen das mehr aufnehmen, weil das nicht mehr kostendeckend ist. Und dann gelb hinterlegt: Für die Budgetierung wird mit der Einführung per 1. Juli 2018 gerechnet.

Also, wenn Sie das verdoppeln, Annahme Stand vor einem Jahr, von einer Mehrheit hier drinnen (inklusive der Grünliberalen) zugestimmt, dann käme man jetzt auf 2.6 Mio. Franken.

Was sich jetzt aber in diesem Jahr verändert hat, und das haben wir auch immer gesagt:

Viele pendente Gesuche wurden inzwischen abgeschlossen und es hatte, das konnte man erahnen, einen ziemlich hohen Anteil an vorläufig Aufgenommenen. Deswegen sind wir jetzt bei 3 Mio. Das ist quasi unsere realistische Schätzung, diese budgetieren wir.

Sie können auch diese Million kürzen – verändern wird sich dann wahrscheinlich v.a. die Differenz bei der Rechnung 2019, die man dann zeigen wird.

Das vielleicht einfach zu diesen Dingen, um was es geht, was die Grundlagen sind und was wir eigentlich vor einem Jahr, ziemlich konsistent, schon gesagt hat. Von daher ist eigentlich der FDP-Antrag, man habe damals von einer Million gesprochen... Wir sagten damals vor der Abstimmung, es wird mindestens eine Million sein, das kann sich aber (wenn es mehr vorläufig Aufgenommene werden, wovon wir ausgehen) auch vervielfachen. Das war damals das Wording. Wir wollten nicht schwarzmalen vor der Abstimmung. Mittlerweile sind unsere Annahmen eingetroffen, die haben wir schon vor einem Jahr hier präsentiert. Also das kann ich Ihnen gelb auf weiss sagen und würde Sie bitten, dem Antrag des Stadtrates, dem letztlich auch die Kommission zugestimmt hat (man hat das auch in der Kommission besprochen, dachte ich), da würde ich beliebt machen, dass Sie dem zustimmen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag, statt 3 Mio. nur 2 Mio. für die Mehrausgaben für die Asylfürsorge zustimmen möchte, soll das bitte mit Handerheben bezeugen. Auszählen bitte.

Wer das ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Damit ist dem Antrag mit 29:29 und Stichentscheid Präsidentin zugestimmt worden.

Damit haben wir die Individuelle Unterstützung abgenommen.

Wir kommen zur Spitex. Dort gibt es keine Anträge.

Wir kommen zu den Alterszentren. Dort gibt es einen Antrag der SVP, Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (SVP/PP): Es ist eigentlich eine kleine Sache. Wir möchten, dass das Bewilligungsorgan von B zu # geändert wird. Mit der Begründung: Das Projekt wurde seit 2006 nicht mehr gepflegt. Bevor man jetzt da gross plant, möchten wir zuerst eine Weisung sehen, wohin es überhaupt geht. Der Gemeinderat soll diese Vorlage dann angemessen prüfen können.

B. Helbling (SP): Wir sind gegen eine Änderung. Wir wollen die einheitliche elektronische Pflegedokumentation sobald als möglich eingeführt sehen. Es ist richtig, was Marc ausgeführt hat, es war im Budget lange ein Projekt eingestellt, das nicht zum Laufen kam. Das wurde uns in der SSK auch erklärt. Jetzt sprechen wir aber von einem neuen Projekt. Die einheitliche elektronische Pflegedokumentation soll jetzt mit Hochdruck angegangen werden und es kann wirklich nicht sein, dass wir jetzt noch eine Weisung haben müssen für das, um die ganz klar nötige elektronische Pflegedokumentation darlegen zu müssen. Das soll der Bereich selber entscheiden können, welche elektronischen Hilfsmittel er dafür verwenden will. Aber dass es eine einheitliche elektronische Pflegedokumentation braucht, das muss uns ja wirklich allen klar sein.

R. Dürr (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt den Antrag ab. Für uns stellt sich die Frage, wie man im Zeitalter von Digitalisierung und SmartCity gegen eine Vereinheitlichung von elektronischer Pflegedokumentation sein kann respektive das noch in die Länge ziehen will.

M. Zehnder (GLP): Wir unterstützen den Antrag. Nicht weil wir Angst haben, dass es in die Länge gezogen wird, sondern weil wir glauben, wenn eine Weisung geschrieben wird, macht man sich mehr Gedanken, schon am Anfang weiss, in welche Richtung es geht. Wenn die Weisung im Rat ist, werden wir sehen, was ausgegeben wird, für was für eine Sorte Pflegedokumentation und was damit alles abgedeckt wird. Wir finden es nicht in Ordnung, wenn wir Geld sprechen ohne zu wissen, was wir dafür bekommen.

Stadtrat N. Galladé: Im Grundsatz ist es unbestritten, dass man eine elektronische Pflegedokumentation braucht. Und wir haben das eigentlich auch in der Kommission gesagt: Das war schon lange drin und jetzt hat man es halt wirklich nochmals neu aufgelegt und sagte aber, es wäre ein bisschen unlauter, wenn man einfach den 2006er-Kredit noch bemühen würde. Sie können auch davon ausgehen, dass wir uns in der Stadtverwaltung tatsächlich auch Gedanken machen zu all den Geschäften, die wir nicht in den Gemeinderat bringen – also bei diesen besonders, aber bei den anderen natürlich auch – das gilt ganz besonders für den Bereich Alter und Pflege, der letztlich ein Eigenwirtschaftsbetrieb ist und das, was Sie investieren, muss a) Bestand haben und b) sich auch refinanzieren.

Und dann muss ich mir überlegen: Ja, wie kann man denn die Güte einer solchen Pflegedokumentation, die dann doch eine ziemlich fachliche Sache ist – hat der Gemeinderat da wirklich auch von der Stufengerechtigkeit her die Kompetenz, um das beurteilen zu können? Wenn Sie aber das Gefühl haben, Sie hätten noch wahnsinnig viel Kapazitäten für Geschäfte und würden dann in einem Jahr vielleicht auch den 24. und den 31. Dezember als Termin nach der Budgetdebatte dann auch noch nehmen, dann können wir selbstverständlich auch derartige Geschäfte bringen, die eigentlich im Grundsatz völlig unbestritten sind und bei denen man auch davon ausgehen kann, dass eben gerade auch ein Betrieb, der das selber finanzieren muss, das auch selber auf eine gute Art beurteilen kann. Und die Kommission würden wir auf jeden Fall (das haben wir bisher auch schon gemacht über die bisherigen Gedanken zur Pflegedokumentation) informieren.

Es würde etwas administrativen Aufwand für uns alle sparen, wenn man auf den # so verzichten könnte.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen, es ist zu knapp.

Wer dagegen ist, bitte Hand erheben.

Damit wir haben wir einmal mehr mit 29:29 und Entscheid der Vorsitzenden diesem Antrag zugestimmt.

Damit ist das Produkt Alterszentren abgenommen.

Wir kommen zu den Beiträgen an Organisationen. Da gibt es keine Anträge.

Arbeitsintegration: Auch hier keine Anträge.
Damit haben wir das Departement Soziales abgeschlossen.

Wir kommen zum Departement Technische Betriebe.
Stadtwerk Winterthur: Da gibt es einen Antrag von Seiten GLP, bitte Markus Nater.

M. Nater (BBK): Die GLP beantragt als Kommissionsantrag den Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von 8 Schweizer Städten um 2% von 93% auf 91% zu senken. Wir von den GLP wollen ökologische Energie, die effizient eingesetzt wird und einen fairen Preis hat.

Der Strom von Stadtwerken ist grösstenteils ökologisch. 70% ist aus Wasserkraft und 15% ist aus der Abwärme der Kehrlichtverbrennung. Bei den restlichen 15% werden wir im nächsten Jahr ein Vorstoss bringen, mit dem Ziel, dass dieser Graustrom mittelfristig auch aus erneuerbaren Energiequellen kommt.

Da erneuerbare Energie die 2000-Watt-Ziele der Stadt Winterthur stark unterstützt, ist diese Energie auch entsprechend zu fördern und zu einem fairen Preis anzubieten.

Wir von den Grünliberalen denken jedoch, dass der Strompreis in Winterthur für die Kunden von Stadtwerk zu hoch ist. So hat Stadtwerk im Strombereich seit 2014 immer einen Jahresgewinn von über 10 Millionen gemacht. Das heisst, im Durchschnitt trägt jeder Einwohner pro Jahr 100 Franken zum Gewinn beim Strom von Stadtwerk bei. D.h. in diesem Raum sind ca. 100 Leute, in diesem Raum wird ca. 10'000 Fr. jährlich an den Gewinn von Stadtwerk gezahlt. Da könnte man von Stadtwerk auch eine kleine Spende an die EVP geben, um ihre Spendenaktion zu unterstützen.

Auch zwei Interpellationen von der SVP und der GLP zu den aus unserer Sicht zu hohen Strompreisen hat bisher bezüglich Strompreis keine Reaktionen ausgelöst. Sondern wie scheinbar neueste Zahlen zeigen, sogar eine deutliche Verschlechterung gegenüber den Strom-Normverbräuchen zu den 8 verglichenen Städten.

Darum stellen wir den Antrag, den WOV-Indikator für 2019 um 2% auf 91% senken. Bei einer Annahme des Antrages soll dies als starkes Zeichen verstanden werden, damit bei der nächsten Anpassung der Strompreise im Jahr 2019 eine Verbesserung von den Strompreisen gegenüber den Vergleichsstädten resultiert.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich muss korrigieren: Es ist ein Kommissionsantrag und nicht ein GLP-Antrag. Zum Glück ist der Referent die gleiche Person.

R. Diener (Grüne/AL): Es ist nicht der Zeitpunkt, definitiv nicht, jetzt – angesichts der grossen Herausforderungen, die wir im Bereich der Ökologisierung und im Bereich der CO₂-Reduktion und der Klimaherausforderungen haben – jetzt mit Preissenkungen die Wirtschaftlichkeit zu beeinflussen. Aus welchen Gründen nicht?

Zum einen ist es so, dass der Preis jetzt im Moment am Steigen ist auf dem Markt, ganz klar und deutlich. D.h. die Zahlen, die wir in der Vergangenheit hatten, werden wir sicher nicht mehr haben in Zukunft. Das zweite ist, dass wir mehr investieren werden müssen, um unsere Ziele zu erreichen, die wir in der Klimadiskussion von Euch auch unterstützt bekommen. Wir werden die CO₂-Reduktionen noch massiv verstärken und unterstützen müssen. Und dazu haben wir u.a. heute das Förderprogramm, das ja auch den Stromkosten heraus finanziert wird. Und es ist eigentlich letztendlich widersinnig und deshalb verstehe ich Euren Antrag überhaupt nicht, jetzt da Geld herausnehmen zu wollen aus diesem Markt, den wir brauchen, der wichtig ist und der uns allen hilft, ohne dass mir da wirklich untendurch müssen. Die Strompreise, das wissen wir alle, sind dem Durchschnittskonsumenten überhaupt nicht bekannt. Sie sind so klein und so tief, da sie das Jahresbudget in keiner Relevanz beeinträchtigen.

Wir haben früher auch schon Anträge gestellt zur Ökologisierung, zur Verbesserung der Effizienz-Programme, dem Förderungsprogramm, das man aus den Stromkosten finanziert. Diese Verbesserungen wurden von Euch ebenfalls abgelehnt, liebe GLP.

Eine andere Alternative haben wir in der Kommission auch auf den Tisch geworfen und sagten, es wäre doch sinnvoll, wir würden Reste, die wir noch haben (eben nicht CO₂-freier Strom, sondern eben belasteter Strom, Kohlestrom, Graustrom usw.), dass wir versuchen würden, das aus dem Mix herauszunehmen und diese Produkte auch zu ökologisieren, die wir heute haben, oder eben den Standardmix entsprechend nochmals anzupassen.

Es ist so, das wurde zu Recht erwähnt, das ist richtig. Es sind jetzt Bemühungen im Gang, um da etwas auf die Beine zu stellen, dass wir da miteinander einen Schritt weiter kommen. Aber, liebe GLP, zu meinen, das kostenneutral umschalten zu können, ist nach unserer Grundhaltung schlicht naiv.

Schliesslich: Ein höherer Energiepreis oder ein Belassen auf dem Niveau, auf dem wir ihn jetzt haben, fördert den Sparanreiz, fördert eigentlich die Effizienz-Massnahmen und das ist ja auch in Eurem Sinn, dass wir nämlich am Schluss weniger Strom brauchen und weniger belasteten Strom brauchen.

In dem Sinn bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und diesen unsinnigen, unverständlichen Antrag bachab zu schicken.

F. Landolt (SP): Wir sehen das sehr ähnlich wie die Grünen. Es ist eine Tatsache: Die Elektrizität ist eine sehr kostbare Ressource, das wissen wir alle. Das ist der erste Punkt. Und der zweite Punkt: Stadtwerk – wahrscheinlich auch dank einer guten Führung - macht einen guten Job. Sie machen immer einen guten Gewinn. Da profitiert natürlich auch die Stadt Winterthur davon. Die GLP stört das einfach, dass da immer irgendwie Geld fliesst.

Wenn man ein gutes Betriebsergebnis hat, gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten. Das eine ist das Weitergeben an den Kunden oder das zweite ist Ökologisierung. Und die Ökologisierung stellen wir ganz klar in den Vordergrund. Wir haben noch einen langen, langen Weg vor uns, wenn das überhaupt irgendwie möglich ist (CO₂ und die ganze Energie-Diskussion, wir sehen das auch bei der Monitoring-Geschichte). Ich glaube nicht, dass es vernünftig ist, insbesondere weil es für das Betriebsergebnis nur irrelevant ist, dass es vernünftig ist, jetzt da irgendwie im Minimalbereich zugunsten der Stromkunden den Gewinn umzuverschieben.

Wir bitten um Ablehnung.

H.R. Hofer (SVP): Ich möchte mich kurzfassen: Wir schliessen uns grossmehrheitlich dem Votum von Markus Nater an und werden diesen Antrag unterstützen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Auch wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen diesen Antrag.

R. Heuberger (FDP): Es hat einen gewissen Unterhaltungswert, wenn sich die Grünen und die Grünliberalen darüber streiten, wie viel Energie und wie ökologisch der Strom sein darf. Fakt ist: Die Stromverkauf ist eine Cashcow für unsere Stadt. Wir erzielen in diesem Bereich sehr hohe Gewinne. Aber nicht, weil wir besonders effizient arbeiten, sondern wir schlussendlich relativ hohe Preise verrechnen. Spannend ist auch, dass Ihr Euch über den Strompreis, also den Energiepreis, streitet. Dieser macht nur 1/3 des gesamten Budgets aus. Und beim Energiepreis sind wir tatsächlich sehr gut unterwegs, da wir sehr preisgünstig einkaufen. Hingegen ist es so, dass 2/3 dieser Kosten das Netz ausmacht. Und beim Netz sind wir deutlich höher als die umliegenden Gemeinden und wir sind auch deutlich höher als die 8 Städte, mit denen wir verglichen werden. Wir sind der Meinung, dass man dort noch Potenzial hat zum Sparen und werden deshalb dem Antrag der Grünliberalen zustimmen.

M. Bänninger (EVP): Um es zu komplettieren: Die EVP wird dem Antrag nicht zustimmen.

M. Nater (GLP): Noch ganz kurz eine Replik auf das von Reto Diener: 100 Fr. Gewinn, das macht für eine Familie 500 Fr. im Jahr, die sie hat oder nicht hat, und das ist für uns wirklich auch Geld, das man einsetzen kann. Und das ist nicht wenig und entsprechend ein Budgetbetrag. Für Familien, die untendurch müssen, ist es wirklich nicht einfach, wenn man davon spricht, dass 500 Fr. kein Betrag sind.

Auf der anderen Seite ist es so, dass ein ökologischer Strom gegen Gas und gegen Erdöl konkurrenziert. Und dort müssen wir schauen, dass der Strom wirklich konkurrenzfähig ist und deshalb muss er auch konkurrenzfähig sein mit tiefen Preisen.

Stadtrat St. Fritschi: Zuerst muss ich Felix Landolt bestätigen: Es ist nicht nur wahrscheinlich, dass Stadtwerk einen guten Job, sondern sie machen auch einen guten Job. Es ist so, dass wir Gewinn machen. Und ich möchte Romana Heuberger entgegnen, dass es nicht einfach ist. Du sagtest vorhin, es sei nicht, weil man effizient arbeitet, sondern weil wir einfach hohe Preise verlangen. Nein, es ist sicher nicht so. Sondern es ist wirklich so, dass wir einen guten Job machen und effizient arbeiten und deshalb auch einen guten Gewinn machen. Aber da werden wir uns vielleicht heute Abend nicht einigen.

Ich möchte einfach sagen: Ich verstehe es nicht so ganz, von der ökologischen Seite, von der grünliberalen Seite, dass man eine natürliche, wertvolle Ressource, nämlich den Strom, besonders günstig verkaufen möchte, weil es gibt ganz klar ökonomische Gesetzmässigkeiten, die natürlich zur Folge haben: Je günstiger ein Produkt ist, desto mehr wird es auch konsumiert. Und je weniger hoch wird der Anreiz da sein, dass man den Strom effizient einsetzt und auch sparsam damit umgeht. Es ist sicher so: Wenn wir jetzt besonders eine Tiefpreispolitik wollen (ich höre es ja heraus, dass das Parlament möchte, dass wir möglichst tief mit dem Strom unten hineinwollen), dann hat das zur Folge, dass dann auch viel Strom gebraucht wird und auch weniger auf Sparsamkeit geschaut wird innerhalb der Konsumenten. Aber ich sage noch etwas anderes: Wir haben als Ziel 93% drin. Das ist das Ziel, das wir als Stadtwerk, als DTB gegeben haben für das nächste Jahr. 93% von den zufällig ausgewählten anderen Städten ist sehr ehrgeizig. Wenn wir 93% drin lassen, dann heisst das, dass wir genau das erreichen wollen, was jetzt von Grünliberalen, SVP-, FDP-Seite gefordert ist, nämlich ein bisschen günstiger sein. Denn aktuell, und das ist ja beim Strompreis so, das ist immer ein bisschen versetzt um ein Jahr und man sieht dann erst am Schluss des vergangenen Jahres, was wirklich gelaufen ist im Stromtarif, und aktuell erreichen wir ja 100%, also der gleiche Tarif wie die anderen 8 im Schnitt. Und wenn wir weiterhin auf die 93% herunterkommen wollen, hat das zur Folge, dass wir den Strompreis um 4 Mio. senken müssen. Also bleiben wir doch realistisch bei diesem schon ehrgeizigen Ziel von 93%. Wenn Ihr 91% beantragen wollt, dann heisst das, dass wir ca. 5.3 Mio. herunter müssen auf 2019, das ist also noch viel mehr und das ist dann viel schwieriger zu erreichen. Und was sicher ist: Dass wir durch das weniger Gewinn machen, weniger auf die Seite legen können, dass die Verschuldung wächst, weil wir dadurch auch mehr Schulden machen müssen, damit wir unsere Investitionen tätigen können. Und ob das das Ziel ist der Grünliberalen, die uns immer vorwerfen, dass wir uns zu stark verschulden, das weiss ich nicht, ob das gewollt ist. Ich wünsche mir, dass Sie das sehen, dass 93% ein sehr ehrgeiziges Ziel ist. Und damit wir das erreichen, müssen wir schon ziemlich grosse Anstrengungen unternehmen. 91% ist dann noch überehrgeizig und hat zur Folge, dass wir den Strom unnötig günstig abgeben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dagegen ist?

Damit haben wir wieder mit 29:29 und Stichentscheid Präsidentin dem Kommissionsantrag zugestimmt.

Damit ist Stadtwerk Winterthur abgenommen.

Stadtbuss Winterthur hat keine Anträge.

Beim FinöV Stadt gibt es ebenfalls keine Anträge.

Bei Stadtgrün Winterthur gibt es ebenfalls keine Anträge.

Damit haben wir das Departement Technische Betriebe abgenommen.

Wir kommen zu Behörden und Stadtkanzlei.

Bei der Stadtkanzlei gibt es einen Kommissionsantrag, bitte Barbara Huizinga.

B. Huizinga (AK): Die Aufsichtskommission stellt den Antrag, das Budget der Stadtkanzlei um 140'000 Fr. zu kürzen. Dieser Verwaltungsbereich hat im Zug der Ausgliederung der Parlamentsdienste eine neue Stelle für einen Juristen im Pensum von 85% beantragt. Damit sollen folgende Aufgaben gedeckt werden: 1. Die Leitung von Einbürgerungen mit einer Mitarbeiterin und weiteren Beteiligten, 2. Juristische Verantwortung für die Themen Einbürgerungen, politische Rechte und Sozialversicherungen und 3. Verfassen von Mitberichten, Vernehmlassungen, Stellungnahmen und Rechtsaufgaben.

Die Kommission kommt zum Schluss, dass die Ausgliederung der Parlamentsdienste keine Rechtfertigung für eine derart hohe Stellenaufstockung ist und das mit bestehenden Ressourcen abgedeckt werden kann.

Eine weitere Kürzung betrifft die Schaffung von einer Stelle im Bereich Social Media. Diese soll die Weiterentwicklung von bestehenden Angeboten, die Erschliessung von neuen Social Media-Lösungen und den Umgang mit den laufend neuen Kommunikationskanälen übernehmen.

Die Kommission kommt zum Schluss, das werde bereits jetzt gemacht und unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Stadt sei ein Ausbau in diesem Bereich nicht prioritär.

B. Huizinga EVP): Darf ich gleich noch die Haltung der EVP anfügen? Im Zug der Ausgliederung der Parlamentsdienste im April 2018 war die Rede davon, dass durch die Verschiebung, faktisch der Weggang des Juristen, eine Vakanz von 55% besteht, und diese mit dem Budget 2019 zusätzlich beantragt werde. Diese liegt jetzt vor. Die zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Einbürgerungen ergeben dann ein Pensum von 85%.

Die Stelle Social Media ist überfällig zu bewilligen, da die Stadt im Bereich der digitalen Kommunikation grossen Aufholbedarf hat. Zudem braucht es eine Fachperson, die koordiniert und sicherstellt, dass den Ansprüchen der Bevölkerung an eine moderne Stadtverwaltung Genüge getan wird. Es ist vielleicht ein bisschen unglücklich, dass ein so grosses Paket an Stellenaufstockungen geschnürt wurde, und nicht einzeln, peu à peu, ein Antrag gestellt wird. Wir als EVP erachten den Bedarf aber als ausgewiesen und unterstützen daher den Kommissionsantrag nicht.

Ratspräsidentin A. Steiner: Bevor wir zum nächsten Votum kommen, an dieser Stelle nochmals: Es ist eigentlich vorgesehen, dass man, wenn man fotografiert, das vorgängig anmelden müssen. Deshalb bitte ich, auf das Fotografieren zu verzichten. Besten Dank. Iris Kuster hat das Wort.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion wollen in einem ersten Schritt die Stadtkanzlei nicht übermässig ausbauen. Es sind mehr Stellenprozente beantragt worden als ursprünglich angemeldet waren, und dem können wir nicht zustimmen. Erste Erfahrungen, was notwendig ist und was Wunschdenken ist, werden dann nächstes Jahr gezogen. Für die Stelle Social Media wollen wir zuerst ein Konzept sehen, denn es soll zuerst aufgezeigt werden, was die Ziele sind, wer diese Dienste in Anspruch nehmen kann. Ist es eine zentrale Dienstleistung für alle Departemente? Es muss auch aufgezeigt werden, was andere Departemente machen, die sind ja schon social media-mässig unterwegs zum Teil. Das wollen wir zuerst sehen, deshalb lehnen wir sie ab.

F. Helg (FDP): Wir haben ja diesen Antrag eingebracht, deshalb stehen wir natürlich hinter diesem Antrag. Den Teil, der den juristischen Support betrifft, da muss man einfach sagen, dass der Antrag auch nicht stimmig ist. Wenn man nämlich schaut im Budgetbuch auf Seite 332, dort ist die Rede von 0.75%. Auf Seite 333 ist einmal die Rede von 0.9%. In der Aufsichtskommission sprach man jetzt von 0.85%, wie es die Kommissionsreferentin gesagt hat. Und dann gab es schon ein Inserat, dort ist 0.8% aufgeführt. Es gibt also vier verschiedene Zahlen, was einen doch schon von Anfang an ein bisschen stutzig macht. Zudem, ich habe es gesagt, war dieses Inserat schon im Oktober im Internet aufgeschaltet. Es ist schon sehr

seltsam, dass man eine Stelle schon ausschreibt, ohne dass sie im vollen Umfang bewilligt ist. Und da war ja von Arbeitsantritt 1. Januar 2019 die Rede. Aus unserer Sicht sind für den juristischen Support 50% ausgewiesen. Es ist tatsächlich so, dass Arbeitskapazitäten wegfallen, die bis jetzt der Ratsschreiber für die Stadtkanzlei erbracht hat. Wir erwarten aber, die 20%, die da noch eingesetzt sind, das ist ein Tag pro Woche, für Betreuung von PK-Geschäften – wenn es dann current normal ist, würde das ausgewiesen. Es kommt dazu, dass die 50%-Stelle, bei der wir durchaus bereit sind, die Mittel dafür zu sprechen, dass dort schon Mittel zur Verfügung stehen, von dem Teil, den der Ratsschreiber bis anhin für die Stadtkanzlei erbracht hat.

Dann, was sicher hinein muss, das sind die 30% für den Ratsschreiber, der dann neu im Parlamentsdienst ist, also die Aufstockung auch mit dem entsprechenden Lohn, den wir dem Ratsschreiber an der Sitzung vom November zugesprochen haben.

Alles in allem führt das eben zu diesem Antrag im Umfang von 140'000 Fr., zu dem noch die Streichung dieser Social Media-Stelle gehört, bei der es uns gleich geht wie es auch Iris Kuster gesagt hat. Momentan fehlt noch ein Konzept, was man da genau machen möchte, welche Kanäle dass man wirklich bedienen möchte. Wir haben in dieser Budgetdebatte ab und zu über die Kommunikationsdienstleistungen bei den Departementen gesprochen. Auch da ist es noch nicht ganz klar, wie die Verteilung zwischen Stadtkanzlei und den einzelnen Departementen ist.

Summa summarum, wenn man das alles zusammenrechnet (es ist nicht ganz einfach), kommt man aus unserer Sicht auf diese 140'000 Fr.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen sind heute Abend zustimmungsfreundlich und wir gedenken auch dieser Kürzung zuzustimmen. Wir möchten Sie daran erinnern, dass mit der Schaffung von zusätzlichen Stellenprozenten für die Stadtschreiberperson damals eine moderate Aufstockung beschlossen und auf eine Verdopplung der Vollzeitstelle von Thuri Frauenfelder verzichtet wurde. Das war damals ein ausdrücklicher Entscheid im Parlament, weniger zu sprechen als vom Stadtrat begehrt wurde. Dies gilt es bitte zu akzeptieren.

Dass der vollzogene Wechsel der Stadtschreiberperson und die gleichzeitige Schaffung einer Rechtskonsulten-Stelle mit irgendeinem Kulturwandel verbunden sein soll, ist jedenfalls unserer Fraktion nicht bekannt. Bekannt ist uns aber, dass sich der Stadtrat wieder den vollen Lohn auszahlt oder auszahlen wird und dass er allenfalls damit liebäugelt, sich vermehrt auf strategische Fragen zurückzuziehen. Im Gegenzug – so allenfalls die Vorstellung – bliebe ein Verwaltungsdirektorium zu schaffen oder so etwas Ähnliches. Nur so lässt sich nämlich erklären, dass das Personaletat des DKD – gemäss Stellenplan Budget 19 – relativ um +15% anwachsen soll. Übrigens wäre das – mit Abstand – das relativ stärkste Stellenwachstum über alle Departemente gesehen. Notabene sollen diese zusätzlichen Stellen im DKD allein in der Stadtkanzlei geschaffen werden.

Zu einem Verwaltungsdirektorium oder zu einem solchen Kulturwandel – der mit einem solchermassen eingeleiteten Stellenwachstum verbunden wäre – haben wir hier im Parlament jedoch noch gar nie Stellung nehmen können. So etwas jedenfalls lehnt die grünliberale Fraktion ab. Besten Dank!

M. Sorgo (SP): Die SP-Fraktion lehnt diese Anträge zur Reduktion vom Globalkredit ab. Gerade diese juristische Teilstelle, die jetzt wieder gekürzt werden soll, ist aus unserer Sicht sehr wichtig. Ein Teil wurde schon erwähnt, der ist jetzt auch nicht bestritten. Beim grössten Teil dieses Pensums geht es darum, dass dort die Arbeiten von einer neuen Person übernommen werden müssen, da mit der Schaffung der Parlamentsdienste die bisherigen Personen wegfallen und sie nicht mehr übernehmen können. Die zusätzlichen 20%, die es braucht für die Koordination Pensionskasse, sind aus unserer Sicht eine sehr wichtige Schnittstellen-aufgabe zwischen Stadtverwaltung und Pensionskasse. Die Pensionskasse ist ja zwar inzwischen selbständig, das ist uns allen bewusst, aber die allergrössten Teile der Versicherten bei der städtischen Pensionskasse sind Angestellte der Stadt Winterthur. Die Stadt Winterthur hat über 3'000 Stelleneinheiten und damit ist eigentlich auch schon klar, dass es da einfach eine gewisse Schnittstelle braucht, auch dass gewisse Schnittstellenarbeiten anfallen

werden. Und diese werden auch noch anfallen, wenn die aktuelle Weisung zur Sanierung der Pensionskasse durch ist. Ich denke, jetzt wird es wohl tendenziell ein bisschen mehr zu tun geben, aber trotz allem wird es auch in Zukunft ungefähr diese 20% weiterhin brauchen. Bis jetzt hat diese Aufgabe die Amtschefin des Personalamtes nämlich so ein «bisschen nebenbei» erledigt. Und ich glaube, das sind sich alle bewusst, die mit der aktuellen Weisung der weiteren Sanierung beschäftigt sind, dass diese Aufgaben nicht einfach so ein «bisschen nebenbei» erledigt werden können. Dafür braucht es Fachkenntnisse und es macht auch Sinn, dass diese bei einer Person definiert sind und dass das nicht einfach die Person übernimmt, die jetzt gerade aus irgendeinem Grund das notwendige Know-how hat. Und als Referentin des Personalamtes bin ich auch der Meinung, dass Evi Schwarzenbach (die aktuelle Amtschefin) eigentlich sonst genügend andere Aufgaben zu erledigen hat und die PK Stadt Winterthur eigentlich nicht auch noch mitbetreuen kann. Und eigentlich, da sind wir schon ein bisschen erstaunt, hört man ja sonst immer von der bürgerlichen Seite, dass sie mehr eingebunden sein wollen und dass jetzt die selbständige Pensionskasse und der Stiftungsrat machen, was sie wollen – und gerade da wäre es ja eben sehr sinnvoll, wenn es diese Schnittstellenperson geben würde, die mit ca. 20% diese Betreuung sicherstellen würde, bei der wir auch wissen von Seiten des Rates, dass wenn wir ein Anliegen haben, wenn wir eine Frage haben, an wen wir uns wenden könnten.

Dass die Stelle jetzt schon ausgeschrieben ist, ist nicht nur in der Situation der Gesamtsache, denn die anderen Aufgaben, z.B. die Einbürgerungsgeschäfte, die bis jetzt von Marc Bernhard miterledigt wurden, die müssen jetzt ab 1. Januar durch eine andere Person erledigt werden, d.h. diese Stelle muss ausgeschrieben werden. Und sie musste halt einfach schon ausgeschrieben werden, bevor wir das Budget fertig debattieren konnten. Und dass man dort diese 20% schon eingestellt hat, ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, da es ja doch einen Unterschied macht, ob man eine Person für 50% oder für 80% sucht. Ich denke, das sind so Schwierigkeiten, die man hat in einem solchen Budgetprozess, aber wir finden das nachvollziehbar.

Auch die Stelle der Social Media-Fachperson finden wir wichtig. Vielleicht kann man sich fragen, braucht man das wirklich, ist das wirklich notwendig, ist das Aufgabe der Stadt? Aber wenn wir wollen, dass die Stadt Winterthur in Zukunft einen ernst zu nehmenden Auftritt in den sozialen Medien hat, dann glauben wir, dass wir das brauchen. Auch das Konzept, das jetzt gefordert worden ist: Ich glaube, wenn man eine Stelle neu schafft, ist es eben auch eine Aufgabe dieser Person, die dann diese Stelle bekleiden wird, dass man das Konzept, zu dem man jetzt wahrscheinlich erst Grobideen hat, auch noch weiter ausbaut. Es ist ja nicht so, dass die Stadt oder der Stadtrat einfach ins Blaue hinaus plant. Zudem gehört die Digitalisierung, das haben wir auch schon einige Male erwähnt, zu den Legislatorschwerpunkten des Stadtrates. Und da gehört aus unserer Sicht ein professioneller Auftritt in den sozialen Medien dazu. Wenn wir einen Auftritt wollen in den sozialen Medien, dann sollten wir den richtig machen, dann sollten wir den professionell machen. Und ansonsten lassen wir es lieber bleiben, als dass man es ein bisschen nebenbei ein bisschen seltsam macht. Ich glaube, wir wissen alle, wir haben alle schon Beispiele gesehen, wie das dann herauskommen könnte. Deshalb bitten wir Sie, diese Kürzungsanträge abzulehnen und dem Stadtrat zu folgen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL steht insgesamt hinter dem Umbau der Stadtkanzlei, wie ihn der Stadtrat angedacht hat. Was man weiter sagen kann: Die Kommunikation der einzelnen Departemente ist nicht die Kommunikation des Gesamtstadtrates. Und dass die Kommunikation des Gesamtstadtrates eben bei der Stadtkanzlei am richtigen Ort angesiedelt ist, dürfte wohl auch klar sein. Was auch immer wichtiger wird, ist die Kommunikation mit dem einzelnen Bürger und direkte Kommunikation, und dazu wären eben soziale Medien geeignet. Zusammenfassend: Wir würden dem Stadtrat diesen Handlungsspielraum lassen, den er gerne hätte, und lehnen den Kommissionsantrag ab.

T. Brütsch (SVP): Wir unterstützen den Kommissionsantrag. Verselbständigung der Parlamentsdienste erachten wir als Klärung für den jetzt beantragten Ausbau als nicht ausreichend, das hat Felix Helg schon ausgeführt. Ausserdem erachten wir die Stelle der Social

Media-Fachperson nebst den bereits existierenden Medienstellen als unnötig und nicht finanzierbar in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt und insofern optioniere ich für die Variante B, die Maria Sorgo aufgezeigt hat: Wir lassen es lieber bleiben.

Stadtpräsident M. Künzle: Man kann jetzt schon die Kommissionssitzung weitermachen und um die 0.X% streiten und das noch weiter auseinanderlegen. Das machen wir jetzt aber nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie in Ihrer Weisung zur neuen Geschäftsordnung, bei der es um die neuen Parlamentsdienste ging, geschrieben haben, Sie akzeptieren von 0.45 bis 0.65% Stelleneinheiten, die wir sicher in der Stadtkanzlei aufbauen müssen, wenn es um die Trennung der Parlamentsdienste geht. Wir haben uns an das gehalten und haben dann noch plus einen Anteil aus dem Personalamt herübergenommen, weil wir der Meinung sind, wie es auch gesagt wurde, dass man die ganzen Pensionskassen-Geschichten, die bis jetzt Eva Schwarzenbach erledigt hat in ihrer Funktion als Stiftungsrätin, eigentlich nicht ihre Aufgabe sind. Sie hat tief unten operative Arbeit geleistet, und das müsste sie eigentlich nicht. Und deshalb sind wir der Meinung, dass diese Verknüpfung bei dieser Juristenstelle richtig ist. Social Media: Natürlich, über das kann man diskutieren. Ich weise einfach darauf hin, wie erfolgreich die Stadtpolizei unterwegs ist, seit sie bei Social Media ausgebaut hat. Also dort, mit der neuen Kraft aus der Stadt Zürich, die das Social Media verinnerlicht hat, kann sich die Stadtpolizei einfach viel besser darstellen.

Wenn ich so die Voten anschau: Ich danke natürlich all denen, die uns unterstützt haben. Bei meiner Fraktion kann man die Frage stellen, was zuerst ist, das Huhn oder das Ei? Soll man zuerst ein Konzept erstellen? Aber das muss ja dann irgendjemand machen und nimmt dann einen Social Media-Spezialisten dazu. Oder man nimmt jemanden für Social Media und dieser bekommt dann als Erstes den Auftrag, ein Konzept zu schreiben. Ich denke, das ist aus Sicht des Stadtrates die sinnvollere Variante. Man sucht jemanden, der das kann, und der macht dann das Konzept und arbeitet nach diesem, Wie gesagt: Es geht um das Image der Stadt, um den Auftritt der Stadt, wir nutzen neue Kanäle. Und damit sind wir bei der Digitalisierung, bei SmartCity. Und ich stelle einfach fest, dass das Parlament auf diesem Weg sehr zurückhaltend ist, und der Stadtrat, die Exekutive, eigentlich vorwärtsmachen möchte, dass wir eben eine moderne Stadt sein können. Da denke ich, wir hätten genügend Gründe, um wirklich zu sagen: Doch, wir wollen diesen Kanal noch besser, noch einiges besser nutzen.

Als «zustimmungsfreundlich» würde ich das vielleicht nicht bezeichnen bei der GLP. Also freundlich schon gar nicht. Die Tatsache, dass Ihr mich nochmals angreift mit dem DKD, zeigt, dass man gegenüber der Stadtkanzlei keine Argumente mehr hat, sonst müsste man nämlich nicht den Umweg machen beim DKD. Beim DKD haben wir der Kommission erläutert, weshalb das so ist. Es hat sehr viel mit diesen 91er Stellen zu tun, was bei uns einfach ein grosser Posten ist. Und dann muss man anschauen, woher man startet, wenn man mir vorwirft, ich hätte eine zu hohe Aufstockung gehabt. Da kann ich jetzt behaupten, dass wir mit dem DKD bei weitem nicht vorne weg sind. Und da der kleine Hinweis, dass man nicht nur unsere Aufstockung anschauen sollte bei der Berechnung - sondern dann schaut mal die Fiko an. Schaut mal die Finanzkontrolle an, was die für eine Aufstockung hat. Die ist weitaus grösser, viel höher als wir.

Auch noch unter dem Aspekt, dass wir die Stadtkanzlei in den letzten Jahren zu einer eigentlichen Führungsunterstützung ausgebaut haben - jawohl, ausgebaut haben. Sie war jahrelang mit den Ressourcen zu knapp unterwegs und wir haben mit dem neuen Stadtschreiber im Stadtrat entschieden, wir möchten eine stärkere Führungsunterstützung haben. Und genau an diesen Schritten sind wir jetzt dran. Und natürlich fällt das jetzt gerade zusammen mit den Parlamentsdiensten, aber wir nahmen dort Korrekturen vor, wo wir der Meinung sind, dass es für eine starke Führungsunterstützung eben dienlich ist. Wenn Sie den Stadtrat schwächen wollen, dann verneinen Sie diese Führungsunterstützung und unterstützen diesen Antrag. Ich rate Ihnen zu etwas anderem.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kommissionsantrag (Kürzung des Globalkredits um 140'000 Fr.) zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Damit haben wir wieder das gleiche Bild wie bisher. Der Kommissionsantrag wird mit 29:29 und Stichentscheid der Vorsitzenden angenommen.

Wir kommen zum Produkt Finanzkontrolle. Da gibt es keine Anträge.

Wir kommen zum Produkt Ombuds- und Datenaufsichtsstelle. Auch dort gibt es keine Anträge.

Damit haben wir das Budget mit Ausnahme der Steuern abgenommen.

Bevor wir das Produkt Steuern und Finanzausgleich behandeln, gibt es noch einen Rückkommensantrag zu den Personalkürzungen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wenn man an der darauffolgenden Sitzung innerhalb des gleichen Geschäftes einen Rückkommensantrag stellen möchte, braucht es eine 2/3-Mehrheit, damit man überhaupt auf das Rückkommen eingehen würde. Renate Dürr.

R. Dürr (Grüne/AL): Ich komme noch einmal darauf zurück. Ich stelle den Rückkommensantrag zur Produktgruppe Städtische Allgemekosten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir doch bitte die Gelegenheit jetzt noch nutzen und die Kürzung der Personalmassnahmen rückgängig machen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich schlage vor, dass wir über den Rückkommensantrag gleich abstimmen, oder wünscht jemand das Wort? Dann stimmen wir über den Rückkommensantrag ab.

Wer diesem Rückkommensantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist klar keine 2/3-Mehrheit, womit wir jetzt zur Debatte zum letzten Produkt kommen: Steuern und Finanzausgleich.

Wir müssen im Drehbuch ein bisschen zurückblättern, auf Seite 7.

Es gibt Fraktionsanträge. Bitte Grüne/AL zum Antrag, den Steuerfuss auf 124% zu erhöhen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben es ja schon angekündigt von Anfang an: Wir stellen den Antrag, dass man den Steuerfuss auf 124% festlegt. Das ist einerseits eine Rückgängigmachung der Reduktion des letzten Jahres, wo uns der damals noch mehrheitlich bürgerliche Stadtrat die 122% verkauft hat. Wir waren schon damals, bei der letzten Budgetdebatte, dagegen, gegen diese Senkung, und stellen deshalb konsequenterweise jetzt den Antrag, dass wir wieder auf 124% erhöhen.

Das ist nicht nur konsequent, sondern es hat auch weitere Gründe. Wir haben es auch schon gehört: Wir brauchen immer mehr Ressourcen, die Zersiedelung schreitet voran, wir fliegen immer mehr – die Konsequenz ist einfach klar: Wenn wir dagegen endlich etwas tun wollen, müssen wir gewaltig in energetische Massnahmen investieren. Wir müssen da einfach noch ganz gewaltig vorwärts machen.

Das wäre kurzgefasst unser Antrag und unsere Begründung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen anderslautenden Antrag von Seiten SVP.

T. Brüttsch (SVP): Die SVP beantragt eine Senkung des Steuerfusses um 2%. Der Stadtrat respektive der Stadtpräsident hat sich letzte Woche so verlautbaren lassen, dass er nicht verstehen könne, wie man einerseits Budgetkürzungen inklusive weniger Lohnerhöhungen und auf der anderen Seite Steuersenkungen verlangen könne.

Ich kann ihm das gerne erklären. Wir haben uns im Rahmen der Budgetdiskussion von Seiten der SVP in erster Linie auf Budgetpositionen konzentriert, die zu einer weiteren Erhöhung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr geführt haben oder führen. Das sind im Übrigen keine Sparanträge, wie die Ratslinke meint, sondern nur Anträge, die neue Ausgaben verhindert haben. Offenbar findet man auf der Gegenseite, es hätte schon mit Sparen zu tun, wenn man nicht mehr ausgeben will als bisher. Das ist insofern durchaus bemerkenswert.

Genauso bemerkenswert ist es, wenn man Lohnerhöhungen von jetzt 1.2% einfach so darstellt, als ob das Parlament dem Personal gleich den Lohn gekürzt hätte. Michael Gross hat in seinem Leserbrief im Landboten, auf den verdankenswerterweise schon hingewiesen wurde, ausgeführt, dass das Bundesamt für Statistik in der neuesten Erhebung eine Lohnentwicklung von 0.5% für die ganze Schweiz aufzeigt. Wir gewähren eine Lohnerhöhung von 1.2%. Das zum Argument, man sei mickrig oder knauserig.

Wie gesagt, es war ein bewusster Entscheid der SVP, sich im Rahmen dieser Budgetberatung auf neue Ausgaben zu konzentrieren. Das bedeutet aber nicht, und das möchte ich mit aller Klarheit betonen, dass wir in den zahlreichen bereits bestehenden Ausgaben kein Einsparpotential sehen würden. Jedenfalls hat der Haushalt noch sehr viel Potential zum Abspecken aus unserer Sicht, z.B. beim Personalamt (Stichwort: Diversity manager), bei Subventionen an Dritte (die zurzeit rund 14 Mio. ausmachen), bei freiwilligen Beiträgen an Organisationen, bei offener Jugendarbeit, freiwillige Finanzierung von Kulturinstitutionen, in gewissen Bereichen der individuellen Unterstützung usw. Die Liste liesse sich noch relativ lange fortsetzen. Und hätten wir alle diese Anträge auch noch separat gestellt, dann wären wir wohl, wie Nicolas Galladé prophezeit hat, heute sicher nicht fertig geworden, sondern erst am 24. oder allenfalls 31. Dezember.

Wir haben aber insofern Vertrauen in den Stadtrat, als dass wenn man muss, er durchaus in der Lage ist, im bescheidenen Umfang von 2 Steuerprozenten Einsparungen vorzunehmen. Und genau das bezweckt auch der Antrag um Steuerfussreduktion.

Was man im Übrigen auf der linken Seite partout nicht wahrhaben will, ist dass Steuerfussenkungen nicht gleichbedeutend sind mit Ertragsausfällen. Um mich da möglichst aktuell zu zeigen, zitiere ich Genossin Regula Keller, die uns genau das vor einer Stunde auf der SP-Facebook-Seite unterstellt hat. Wenn man die letzte Steuerfussenkung anschaut, war genau das Gegenteil der Fall. Wir hatten nämlich bedeutend mehr Erträge.

Im besten Fall würde also die Steuerreduktion zu zusätzlichen Einnahmen und zusätzlichen Mitteln, insbesondere auch für den Schuldenabbau, führen. Und schliesslich könnte man mit einer Reduktion des Steuerfusses auf 120% wieder fast zu Konkurrenten wie der Stadt Zürich aufschliessen und den diesbezüglichen Standortnachteil ausmerzen.

Ich appelliere deshalb auch an die anderen bürgerlichen Parteien, ein bisschen Mut aufzubringen und Ja zu einer Steuerfussenkung zu sagen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Diskussion um den Steuerfuss.

Ich möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen: Die Abstimmung wird so laufen, dass man zuerst den Steuerantrag der Grünen und den Steuerantrag SVP gegeneinander ausmehren wird. Den obsiegenden wird man dann dem Stadtrat-Antrag gegenüberstellen. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass wir mit diesem Produkt dann zugleich auch den Punkt 3 aus der Schlussabstimmung vorwegnehmen. Es wäre dann etwas schwierig, wenn man bei Punkt 3 anders stimmen würde, als was man jetzt bei diesem Produkt stimmt...

Damit ist die Diskussion frei. Urs Glättli.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen setzen sich seit Jahren für einen gesunden Finanzhaushalt ein. Die herrschende Finanzlage bedarf eines sorgfältigen und wohlüberlegten Wirtschaftens in dieser Stadt, man kann es nicht genug wiederholen. Angesichts vom stetig wachsenden Schuldenberg bleibt kein Platz für Wunschkonzerte und Geschenke. Für die Wirtschaft ist ein stabiler, ausgeglichener und berechenbarer Haushalt unserer Ansicht nach wichtiger als unwägbarere Steuerschwankungen. Wir gehen mit dem Stadtrat einig, sich für nachhaltige städtische Finanzen einzusetzen. Deshalb lehnen wir die vorliegenden Änderungsanträge ab.

und unterstützen den Antrag des Stadtrates, der weiterhin einen Steuersatz von 122% vorsieht. Ein Steuersatz übrigens, der bloss 3% über dem geltenden Satz, der gleich bleibt 2019, der Stadt Zürich liegt. Das scheint uns doch noch bemerkenswert, beträgt doch die Steuerkraft pro Kopf hier bloss rund die Hälfte von der in der Stadt Zürich. Es wäre von daher gesehen besonders wichtig, die städtische Politik auf eine Steigerung der Steuerkraft auszurichten. Von dieser Richtung sind wir aber, liebe Anwesende, leider weit entfernt.

B. Huizinga (EVP): Mit dem vorliegenden Budget und der bisherigen Rechnung liegen uns Zahlen vor, die es aus Sicht der EVP ermöglichen, den Steuerfuss auf 122% zu belassen. Das gibt nach den Jahren von konstantem Anpassen eine gewünschte Stabilität. Die Vorgehensweise der SVP, das Budget der Stadtverwaltung krass zu kürzen und dann den Steuerfuss um 2% senken zu wollen, erachten wir als Affront gegenüber Winterthur. Einer Erhöhung auf 124% stimmen wir ebenfalls nicht zu. Die Begründung der Notwendigkeit gegenüber dem Steuerzahler ist dürftig. Eigenkapital muss die Stadt über andere Wege aufbauen, dazu sind die Steuereinnahmen der ganzen Bevölkerung das falsche Mittel.

U. Hofer (FDP): Ich kann mit Freuden sagen, dass ich mich dieses Mal gerne der EVP im Ergebnis anschliesse – wenn auch nicht ganz der Begründung. Wir von der FDP möchten das Schuldenproblem ernsthaft bekämpfen und wir sehen uns nach der wirklich deutlichen Annahme der Schuldenbremse auch in der Pflicht. Klar würden wir uns längerfristig auch tiefere Steuern wünschen, und klar hat Euer Antrag sehr grosse Sympathie bei uns, aber bei diesem Schuldenberg, in dieser Finanzlage, sehen wir das nicht als realistisch an und auch nicht als finanzpolitisch verantwortlich gehandelt.

Jetzt kann man sich fragen, weshalb wir die Steuern nicht erhöhen müssen. Da sind wir natürlich ohnehin dagegen, aber wenn man anschaut, dass wir im Budget ein Ausgabenwachstum haben von 72 Mio., - was wir halt auch als finanzpolitisch etwas unverantwortlich anschauen - und weil wir das nicht vollständig reduzieren können, müssen wir halt einfach die Haltung einnehmen: Wer Geschenke verteilen möchte, soll sie auch selber bezahlen können. Und zwar nicht nur in diesem, sondern auch in den nächsten Jahren. Es würde nicht angehen, das eigene Wunschprogramm durch Steuererhöhungen zu finanzieren.

Ich schliesse mich schlussendlich auch der GLP an, dass ein stabiler, planbarer Steuerfuss viel wichtiger ist für die Wirtschaft als eine Jo-Jo-Politik, die man 4 herunter, dann 8 hinauf und dann wieder 6 nach unten geht.

R. Kappeler (SP): Die Fraktion der SP schliesst sich dem Resultat auch den unmittelbaren Vorrednern an. Ich unterstütze so die Aussage von Urs Hofer wie von Urs Glättli, dass für uns eine stabile, berechenbare, nachhaltige Steuerfussentwicklung eigentlich im Vordergrund steht.

Ich kann es aber doch nicht ganz lassen, 2-3 Dingen zu widersprechen, Urs Hofer. Es geht nicht um Geschenke verteilen, die wir selber zahlen müssen. Unsere Einwohner und Einwohnerinnen verlangen zu Recht von dieser Stadt Leistungen, Dienstleistungen, die diese Stadt lebenswert machen. Und sie sind auch bereit, diese selbst zu zahlen, und deshalb ist das gut so.

Zur SVP muss ich doch noch ein bisschen mehr sagen, Tobias. Bei einem Bevölkerungswachstum, bei einer positiven Teuerung, ist auch ein bisschen mehr als letztes Jahr absolut sinnvoll bei der Ausgabe. Und das heisst, wenn wir da diesem Wachstum nicht nachgehen, dann sparen wir tatsächlich, wenn wir nicht auch mehr ausgeben. Eine wachsende, sich entwickelnde Stadt kostet mehr, das ist völlig klar. Dass Ihr Euch auf die Konzentration auf neue Ausgaben beschränkt habt und dass Ihr eine Steuerfussreduktion parallel zu Euren 65 Kürzungsanträgen stellt, mag ja noch konsequent gewesen sein. Aber jetzt haben wir das Resultat. Ich habe mitgerechnet: Wir haben heute Abend – und ich sage zu dem nachher schon noch etwas – 2.4 Mio. gespart gegenüber dem Stadtratsantrag. Ja, vielleicht darf man auch im Lauf von 3 oder 2.5 Budgetdebatten auch ein bisschen klüger werden und sagen: Ja gut, unsere Sparanträge sind nicht mehrheitsfähig, also ziehen wir auch diesen Steuersenkungs-

antrag zurück. Aber klüger werden ist wohl nicht Euer Privileg. Deshalb ist es klar: Die Widersprüchlichkeit (ich bin glaube ich der 3. oder 4., der den Leserbrief von Michael Gross zitiert) ist offensichtlich. Wenn man 1 Million bei den Lohnmassnahmen einspart gegenüber dem Antrag, nochmals 0.4 Millionen einspart auf dem Buckel des Personals durch nicht bewilligte Stellen und 1 Million bei den wirklich Ärmsten einspart, bei den Integrationskosten von vorläufig Aufgenommenen – also 1 Million bei diesen, 1.4 Millionen beim Personal – und man nachher gleichzeitig 6 Millionen weniger Einnahmen beantragt für die Stadt, und das Ganze uns als eine Schuldenabbaupolitik verkaufen will... Da bin entweder einfach ich auf den Kopf gefallen oder vielleicht jemand anderes. Also deshalb ist klar: Wir lehnen das selbstverständlich ab.

Der Antrag der Grünen, muss man sagen, hat durchaus etwas Zukunftweisendes, wenn man den IAFP anschaut. Wenn wir unsere Stadtentwicklung anschauen, werden wir über kurz oder lang nicht um sukzessive Steuererhöhungen herumkommen. Wir von der SP finden es aber jetzt, bei diesen Ausgangslagen, bei diesem Budget, das uns der Stadtrat präsentiert hat (und ich habe in der Eintretensdebatte gesagt: Es ist für uns ein gutes Budget, es ist ein nachvollziehbares, authentisches Budget.) zu früh und deshalb unterstützen wir schlussendlich in der Schlussabstimmung den Stadtratsantrag. Aber es klar, in der Eventualabstimmung werden wir noch dem Antrag der Grünen zustimmen.

M. Wackerlin (SVP/PP): Wir haben jetzt verschiedene Dinge gehört, ich versuche noch ein bisschen zusammenzufassen.

Das Allererste, das ich gerne gesagt hätte: Der Auftritt der Angestellten, die da protestiert haben, war ja eine sehr schwache Vorstellung. Man kommt kurz herein, um irgendwie bei der Präsidentin des VPOD zu klatschen und geht dann wieder hinaus. Na gut.

Dann zu Christian Griesser: Mehr Ökologie, Christian, macht nicht die Stadt. Mehr Ökologie machen die Einwohner dieser Stadt. Und wenn Du willst, dass die Einwohner mehr Ökologie machen, dann musst Du ihnen mehr Geld lassen und nicht mehr Geld wegnehmen, d.h. wir müssen Steuern senken für mehr Ökologie.

Und ja, das was die SVP da fordert mit den 2% Steuersenkungen, das ist natürlich ein minimalster Kompromiss, bei dem wir gehofft haben, dass er hier auf etwas Zustimmung stösst. Denn eigentlich würde ich gerne die Steuern senken um 10-20%. Das wäre einmal eine anständige Wirtschaftsankurbelung. Das wären grosse Schritte. Und dann hätten wir, und das haben wir immer festgestellt: Wenn wir mit den Steuern hinuntergingen, hatten wir nachher mehr Einnahmen. Eigentlich wäre es ja richtig, man würde der Stadt das Budget ein bisschen kürzen, damit sie den Gürtel etwas enger schnallen muss, damit sie nicht so freigiebig ausgeben kann und z.B. noch jene Social Media-Typisten einstellen. Stattdessen aber würden wir mit einer Steuersenkung der Stadt am Schluss unter dem Strich mehr Geld ermöglichen, weil die Wirtschaft blühen würde.

Die 2% lassen sich aber sehr gut begründen, denn nach dieser komplizierten Rechnung, die Yvonne Beutler vorgelegt hat, haben wir einen theoretischen Überschuss von 5 Mio. Dann sagen wir, die Hälfte davon ist Steuerreduktion, das sind genau die 2%, und die Hälfte geht in den Schuldenabbau. Das Problem ist einfach: Unsere Fraktion ist überzeugt, dass auch wenn wir Geld einsparen, dieses am Schluss dann trotzdem nicht in den Schuldenabbau geht, sondern in Administrationsaufgaben. Entsprechend wäre es richtig, wenn man das mit einer Steuersenkung nachhaltig bremsen würde.

Und mit der 20%-Senkung, die ich anstrebe resp. mit einer konstanten Steuersenkung, bei der wir immer, wenn wir Möglichkeiten haben, mit den Steuern ein bisschen tiefer gehen (wenn die Schritte zu klein sind, dann wird das zu wenig wahrgenommen – grössere Schritte haben wahrscheinlich mehr Wahrnehmung). Aber gerade in einem Moment, in dem die umliegenden Gemeinden eher wieder etwas höher gehen mit den Steuern, wäre es gut, Winterthur würde hinuntergehen. Dann hätte man nachher eben kein Jo-Jo, wie vorher auf dieser Seite behauptet wurde, sondern man hätte auch eine gewisse Konstanz und sagt, man will in eine ganz bestimmte Richtung gehen. Und das wäre es schön, wir würden heute den ersten Schritt machen. Einen deutlichen ersten Schritt.

So, und jetzt noch zu Roland Kappeler. Eine wachsende Stadt hat mehr Einwohner, entsprechend müsste sie auch mehr Steuern generieren können – ausser man macht eine günstige Wohnbaupolitik und zieht die falschen Leute an, die eben am Schluss keine Steuern zahlen, sondern kosten. Und Roland Kappeler hat behauptet, die Bürger der Stadt würden zu Recht etwas fordern, weil sie es selbst zahlen. Nein, sie zahlen es nicht selbst! Wenn sie es selbst zahlen wollen, sollen sie es selber zahlen, dann sollen sie es selber machen. Aber wenn sie es der Stadt und der Politik geben, dann lagern sie eben genau die Kosten aus und umverteilen auf alle. Und das ist nicht selbst bezahlt.

I. Kuster (CVP/EDU): Ich mache es kurz. Wir lehnen den Antrag der Grünen/AL ab nach Erhöhung der Steuern, weil wir wollen, dass die Winterthurer Bevölkerung nicht zusätzlich finanziell belastet und nicht nächstes Jahr wieder weniger Geld im Portemonnaie hat. Wir lehnen aber auch den Antrag der SVP nach einer Steuerfussenkung von 2% ab. Wir wollen eine gewisse Stabilität beim Steuerfuss und andererseits wollen wir auch, dass notwendige Investitionen möglichst nicht mit Fremdkapital finanziert werden. Wenn wir dank einem ausreichenden Cash Flow alle unsere Investitionen ohne Aufnahme von Fremdkapital finanzieren könnten, vielleicht dank einer anderen Planung oder dank dem Soziallastenausgleich dann vielleicht endlich einmal vom Kanton, dann können wir einen tieferen Steuerfuss anstreben. Aber davon können wir im Moment leider nur träumen.

M. Gross (SVP): Ich sage jetzt doch auch noch etwas. Aber nicht zum Leserbrief, den scheinen alle gelesen zu haben und scheinbar ist es auch genug stringent, dass das alle verstanden haben, und inhaltlich auch nicht bekämpft. Von daher ist es schön, dass alle die Zeitung lesen und vielleicht auch Tele Top geschaut haben, dann habt Ihr alles mitbekommen. Die SVP wird das Budget 2019 ablehnen. Wir werden in der Schlussabstimmung den Punkten 1 bis 3 nicht zustimmen. Obwohl einige Korrekturen gemacht worden sind (Roland Kappeler hat das verdankenswerterweise zusammengezählt) im Umfang von 2.4 Mio., ist das eigentlich nichts auf einen Ausbau von 70 Mio. und über 80 neue Stellen. Wenn dieses Parlament wirklich sparen wollen würde, wenn dieses Parlament wirklich Schulden abbauen wollen würde, dann hätten wir das mitgetragen und hätten unseren Antrag nicht gestellt. Wenn man Schulden abbauen würde, hätten wir auf diesen Antrag verzichtet. Das ist auch die Begründung, weshalb wir diesen Antrag gestellt haben. Dass Roland Kappeler und andere Mitglieder des Gemeinderats von einem guten Budget sprechen, ist für uns nicht wirklich nachvollziehbar. Selbst wenn sich die Regelungen zur Abgrenzung des Finanzausgleichs vielleicht dann nicht definitiv so zustande kommen und wir in der Rechnung dann ein anderes Resultat sehen, dann muss man auf den IAFP schauen. Und im IAFP ist eigentlich alles wieder verschwunden, was wir uns mühsam abgespart haben. Wir bauen jetzt etwas auf – und da kann ich vielleicht Renate noch etwas sagen: Wenn wir 1.6 den Leuten draussen versprechen und ein bisschen Polemik machen – irgendwann gibt es wieder ein hartes Sparprogramm. Oder wir machen das, was die Grünen sagten, aber das ist auch nicht konsequent. Jetzt erhöht man die Steuern, aber so, wie Ihr ausgeben wollt, müsste man die Steuern 10-15% erhöhen. Jetzt stellt diesen Antrag – mal schauen, wie beliebt das dieser ist...

Für das aufgeblähte Budget 2019 machen wir vor allem den Stadtrat verantwortlich. Er hat es nämlich in den Händen, ein sinnvolles, ein gutes Budget zu präsentieren. Der Stadtrat hat aber offensichtlich die Finanzen und die Finanzplanung nicht im Griff. 70 Millionen Mehrausgaben bedeuten, dass die Sparanstrengungen die letzten Jahre mehr als zunichte gemacht worden sind.

Es ist klar: Das Bevölkerungswachstum (das wollen wir nicht negieren, das ist da) und die digitalen Herausforderungen sind auch da. Dass die Anzahl der Buschauffeure, Lehrer, Angestellten in den Alters- und Pflegeheimen sowie in der IT steigt, ist klar. Wir erwarten aber von den Departementsvorstehern, dass sie das anderweitig kompensieren können. Die Departementsvorsteherin bei den Finanzen und auch der Stadtpräsident sprachen davon, dass sie ja einen Grosskonzern managen. Bei einem Grosskonzern schafft man mehr Wachstum trotz tieferer Kosten – dank Effizienzgewinn, dank Digitalisierung. Und Roland Kappeler spricht im

Interview davon, wir müssten die Schalter auch noch um 16 und 17 Uhr offen haben. Nein, kein Mensch will an einen Schalter! Alle wollen es eigentlich digital lösen, wer will schon zu der Stadt an einen Schalter? Wir wollen es digital lösen. Das würde weniger Leute brauchen. Natürlich braucht es auch einen Initialaufwand, aber das schaffen die grossen Firmen auch – ohne permanent das Budget aufzublähen. Die Stadt Winterthur ist also weit davon entfernt, wie ein Grosskonzern zu agieren, denn da würden die Aktionäre wohl nicht mitmachen. Die SVP empfindet dieses Budget als Affront gegenüber der Bevölkerung. Wir werden in kürzerer Zeit (und wir nehmen den Stadtrat dann in die Verantwortung) wieder über harte Sparprogramme sprechen müssen. Das, was man jetzt macht, dass man jedem Chefbeamten die Wünsche erfüllt, das ist nicht richtig und das wird in Zukunft Folgen haben. Deshalb finden wir das, was der Stadtrat mit dem Budget präsentiert hat, eine schwache Leistung. Wir lehnen dieses Budget ab.

R. Diener (Grüne/AL): Ja, ich muss Dir leider widersprechen. Wenn wir an die Zukunft denken, wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir halt eben genau das Gegenteil machen. Ihr spart Leistungen weg, Ihr spart Möglichkeiten weg, in die Zukunft zu investieren. Zum einen in unsere Kinder, zum anderen in den Umbau der Energieproduktion, zum anderen in unsere Angestellten, die die Arbeiten, die Leistungen, überhaupt umsetzen können, die diese Stadt braucht. Ihr wollt alles hinunterfahren. Ihr habt in den letzten paar Jahren sehr viel hinuntergefahren, Ihr habt sehr viel dazu beigetragen, dass gespart worden ist, dass reduziert worden ist.

Und jetzt hat man ein Budget vorgelegt, das einen Teil von dem halt wieder kompensiert, weil es schlicht nicht tragbar ist, was Ihr in den letzten Jahren umgesetzt habt mit den Mehrheiten. Und wir haben nur wenige Anträge gestellt, um das Budget zu erhöhen. Wir haben aber konsequent alle Eure Anträge zum Sparen und zum Reduzieren abgelehnt, weil wir der Meinung sind, dass wir eine gut funktionierende Stadtverwaltung brauchen, wir brauchen Leute und engagierte Menschen, die sich eben um diese Themen kümmern, damit wir in die Zukunft gehen können. Und Schuldenabbau brauchen wir natürlich langfristig gesehen auch. Aber wir können unsere Natur auch nicht einfach plündern und plündern und ausbeuten – und genauso wenig können wir das bei den Menschen machen. Wir müssen in einen Einklang kommen miteinander. Und zu diesem Zweck dürfen wir nicht weiter reduzieren. Das können wir nicht nachvollziehen und wir möchten eher, dass wir diese Leistungen stärken.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es wurde wiederholt gesagt, es bleibe trotz den Kürzungsmassnahmen beim Personal 1.2% für das Personal. Ich komme da nach wie vor nicht nach. Der Personalaufwand 2018 war laut dem damaligen Budget 440 Mio. 1.2% von 440 Mio. sind 5.368 Mio. - und das ist einfach nicht da für das Personal. Das ist nicht zu verteilen. Wir haben beschlossen: 500'000 und wir haben weiter den Rotationsgewinn, den man hat (der sei wie in der Vergangenheit 0.45%), das wären dann knapp 2 Mio. Also kommen wir auf 2.5 Mio. und nicht auf 5.3 Mio.

U. Hofer (FDP): Ja, Christian, es lohnt sich halt, auch die Unterlagen der AK anzuschauen. Und dort sind es halt 322 Mio. als Ausgangsbasis, ohne Sozialleistungen. Aus dem heraus rechnet auch der Stadtrat die 1.56, die er für die Personalmassnahmen hat. Das gibt dann die Rechnung und es bleiben tatsächlich 1.2%.

Stadträtin Y. Beutler: Ich möchte nochmals kurz auf die grossen Linien zurückkommen. Was haben wir jetzt beschlossen an diesen drei Abenden insgesamt? Es sind 2.4 Mio. Franken: 100'000 Fr. Personalamt, 35'000 Fr. Departementssekretariat DFI, 75'000 Fr. Städtebau, 140'000 Fr. Stellen Kanzlei und das waren Massnahmen, konkret auf Stellen bezogen. Dann 1 Mio. grundsätzlich vom Betrag her bei den Personalmassnahmen und dann haben wir bei der individuellen Unterstützung auch nochmals 1 Mio. eingespart, also insgesamt Veränderungen von 2.4 Mio. Fr. erzielt.

Es ist gesagt worden, wie markant der Aufwand gestiegen ist. Ich möchte gerne einfach nochmals in einer Übersicht zeigen, wie sich dieser Aufwand denn eigentlich zusammensetzt,

denn man stellt diesen ja immer gern als absolute Summe dar. Damit es einfach nochmal klar ist: Was macht eigentlich diese Aufwandsteigerung aus? Da haben wir z.B. 13.2 Mio. bei den Betrieben, diese wirken sich bei der Gesamtrechnung nicht aus. Dann haben wir die internen Verrechnungen, 3.5 Mio., die wirken sich auch nicht aus. Und so geht es weiter. Wenn wir dann noch schauen, was wir für Veränderungen haben: Immobilien, Finanzvermögen – das ist refinanziert, das kann man auch wegrechnen. Und wenn man noch sagt, was auch Sie selber in diesem Sinne akzeptiert haben, individuelle Unterstützung, Kosten in der Volksschule, Sonderschulung, Familie und Betreuung, Beiträge an Organisationen, FinöV der Stadt - dann bleibt nicht mehr wahnsinnig viel übrig, nämlich nur noch gerade die dunkelblaue Fläche. Das sind von diesen 80 Mio. noch knapp 12 Mio. Fr. Und auch da, Urs Hofer, vielleicht interessiert Dich ja das ansatzweise, weil Du immer gerne die 80 Mio. zitierst (ohne jetzt Dein Gespräch unterbrechen zu wollen), aber letztlich sprechen wir von 12 Mio. Fr., um die wir effektiv eine Kostensteigerung hatten in der Stadtverwaltung, ausserhalb dieser Bereiche. Und in diesen 12 Mio. hat es ebenfalls Kosten drin, die die Stadt erbringen muss, die gebundene Kosten sind, die angestiegen sind.

Also wenn man da den Hang zu Fairness verspüren sollte, dann sollte man vielleicht nicht immer nur die 71 Mio. oder 80 Mio. Fr. oder wie viel auch immer es ist erwähnen, sondern sich auch einfach vergegenwärtigen: Wenn wir über etwas sprechen, dann sprechen wir über die 11.8 Mio. Fr.

Dann wurde der IAFP genannt. Ja, es ist so, liebe SVP-Fraktion, da gebe ich Euch voll und ganz Recht, der IAFP ist absolut deprimierend. Denn es ist so, dass diese Kostensteigerungen die Einsparungen, die wir gemacht haben, nicht nur zunichte machen, sondern auch noch darüber hinweggehen. Aber auch da, wenn man schaut, wo die Kosten anwachsen: Es sind 80% vom Kostenwachstum in den Produktgruppen Volksschule, Individuelle Unterstützung, Sonderschulung und Beiträge an Organisationen. Ich weiss wirklich nicht, wie der Rest der Stadtverwaltung dieses Wachstum mit Einsparungen wettmachen könnte.

Und da noch etwas zu den Träumen von Marc Wackerlin mit den 20%, um die er Steuern senken möchte, damit man ein bisschen die Relation bekommt: 20% Steuersenkung, das sind insgesamt 70 Mio. Fr., denn es geht jedes Mal noch eine halbe Million vom Ressourcenausgleich weg. Das einfach als Grössenordnung.

Das Departement Kulturelles und Dienste hat ein Budget von 43 Mio. Fr., Bau 48 Mio., DSU 42 Mio., DTB 32 Mio. und das DFI hat zwischen 28-30 Mio. Also einfach so ein bisschen ein Gespür haben für grosse Zahlen und wissen, was es bedeuten könnte. Natürlich kann man sagen, man kann alles einsparen, aber so ganz wegsparen kann man ja wohl diese Departemente auch nicht.

Wenn wir zur Verschuldung kommen: Ich habe das Blatt noch mit den alten Zahlen vorbereitet, die neuen Zahlen sind jetzt bleistiftmässig noch ergänzt (bitte nicht auf Punkt und Komma behaften). So haben wir jetzt ein Ergebnis von 17.8 Mio. Fr. Da sind die 55 Mio. Ressourcenausgleich jeweils herausgerechnet (denn wenn wir die berücksichtigen würden, würden wir vermutlich eine Steuererhöhung von 20% diskutieren), aber wir gehen von den 17.8 Mio. aus. D.h. für die Finanzierung stehen 67.2 Mio. zur Verfügung. Und ich glaube, Du Marc, hast es noch nicht ganz verinnerlicht: Die Tatsache, dass man einen Gewinn schreibt, heisst nicht, dass man Schulden abbaut. Die Tatsache, dass man einen Gewinn macht, heisst primär einmal, dass es mal gut ist, dass man sich nicht noch mehr verschuldet. Und das heisst in unserem Fall, wenn wir jetzt von einem Realisierungsgrad von 80% der Investitionen ausgehen, dann haben wir 89% Selbstfinanzierungsgrad, aber immer noch eine Neuverschuldung von rund 10 Mio. Fr.

Und da möchte ich gerne anknüpfen, wenn es jetzt eben um die Steuerfussgeschichte geht. Ich kann es nicht nachvollziehen, tut mir leid, ich weiss nicht, wo der Zusammenhang sein sollte zwischen diesen 10 Mio. Fr. noch mit 7 Mio. Fr. erhöhen (das gibt meiner Meinung nach 17 Mio. Fr.), um die man sich zusätzlich verschuldet. Ich kann sonst das Prinzip vom Free Cash Flow nochmals erklären: Abschreibungen plus Ergebnis der Erfolgsrechnung gibt das, das man dann nachher zur Verfügung hat, und die Differenz gibt eine zusätzliche Verschuldung. Ich glaube, über das müssen wir hier drin nicht diskutieren. Mit einer Steuerfussenkung steigt die Verschuldung einfach um 7 Mio. Fr. Ihr dürft mir da gerne etwas anderes

erklären, aber ich glaube, das sind so die Basics, auf die wir uns einigen könnten, dass man darüber nicht diskutieren muss. Also wie man zum einen Schuldenabbau propagieren kann und dann nachher da die Schulden willentlich um 7 Mio. Fr. erhöht, das geht nicht auf. Und ich glaube, Roli Kappeler hat das gut gesagt: Es ist ja noch nachvollziehbar, dass Sie am Anfang der Budgetdebatte, als Sie noch Ihre 65 Anträge vor sich hatten, gesagt haben «OK, wenn wir durchkommen, dann haben wir viel für eine Steuerfussenkung getan.». Jetzt ist es aber so, dass der grösste Teil dieser Anträge keine Mehrheit gefunden hat, d.h. das Parlament hat sich in einer grossen Mehrheit für ein Budget entschieden, das die gut 17 Mio. Fr. Gewinn erzielt. Und da hat einfach eine Steuerfussenkung keinen Platz, wenn es einem auch nur ansatzweise ernst ist mit dem, was man in den vergangenen Wochen immer zum Thema Schuldenabbau sagte. Wahlversprechen kann man auch als allgemeine Anregung betrachten – mir wäre es im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik eben wirklich wichtig, dass man auch versuchen würde, sich daran zu halten.

Ehrlich gesagt, am meisten Freude heute Abend hatte ich an dem Votum von Michael Gross. Das hat bei mir derart viele kognitive Dissonanzen hervorgerufen, dass meine Synapsen begonnen haben Samba zu tanzen. Nur schon der Satz «Wenn Ihr Schuldenabbau gemacht hättet hier drinnen, dann hätten wir auf den Antrag verzichtet.» Wir konnten gar nicht in dem Sinn Schuldenabbau machen, wir hatten die Mehrheiten gar nicht für das. Was man vielleicht auch einmal noch sagen muss zum Satz «So wie Ihr Geld ausgeben wollt...» - da kommt dann immer der Blick da hinüber. Ich kann einfach sagen: Sie alle wollen Geld ausgeben. Sie haben einfach unterschiedliche Prioritäten beim Geld ausgeben. Aber ehrlich gesagt, dem Stadtrat ist es am Ende des Tages egal, in welchem Departement der Franken ausgegeben wird. Ein Franken ist ein Franken. Und wenn ich jetzt nach meiner 21. Budgetdebatte etwas feststellen darf: Im Ausgeben sind alle hervorragend.

Und dann noch das mit dem Grosskonzern, das Du auch gesagt hast. Ein Grosskonzern hat viel mehr Handlungsspielraum. Ein Grosskonzern kann entscheiden, ob er ein Werk nach Indien auslagert. Wir können die Schulen nicht nach Indien auslagern. Ein Grosskonzern kann entscheiden, ob man etwas produzieren will oder nicht. Und Grosskonzerne sind vom Verwaltungsrat her vielleicht auch ein bisschen anders konzipiert.

Wenn man das nimmt, was Du gesagt hast apropos digital: «Kein Mensch will mehr an den Schalter.» Ja, digital ist die Zukunft. Da macht es aber nicht wahnsinnig viel Sinn, dass ausgerechnet im Bereich der Digitalisierung gespart wurde auf Euren Antrag hin. Und apropos «Niemand will mehr an den Schalter»: Ich verweise auf das Steueramt. Wir haben nämlich beim Steueramt einen Onlineschalter, wo wir die Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Es ist ein Anschubprojekt von SmartCity, mit dem wir wie bei der QuartierApp versuchen, die Leute auf neue Kanäle zu bringen, mit denen man dann künftig Kosten reduzieren kann. Also insgesamt denke ich, wir haben nach wie vor ein gutes Budget. Ich bedaure wirklich, dass diese Sparmassnahmen jetzt hauptsächlich auf dem Buckel des Personals ausgetragen werden. Ich glaube, zumindest wir 7 hier vorne wissen, was alles geleistet wird. Wir haben einen grossen Teil der Voten und Begründungen, wieso dass ausgerechnet beim Personal gespart werden soll, so nicht nachvollziehen können. Aber es ist eine Entscheidung des Parlaments, weshalb das selbstverständlich so reduziert werden wird. Ich bitte Sie, den Antrag Steuerfussenkung abzulehnen und den Antrag um Steuerfusserhöhung auch. Auch wenn es nachvollziehbar ist von der Begründung her, insbesondere vom IAFP her, ist der jetzige Steuerfuss so gerechtfertigt.

Danke vielmals und Dani, jetzt darfst Du wie jedes Jahr überziehen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine persönliche Erklärung, Daniel Oswald.

D. Oswald (SVP): Es ist halt leider so, geschätzte Yvonne, Du unterstellst uns jetzt, wir würden, wenn wir die Steuern senken würden, die Verschuldung um 7 Mio. erhöhen. Das entbehrt natürlich jeder Grundlage. Erstens einmal: Die Ausgaben über das Finanzvermögen sind in Deiner Rechnung dann nicht enthalten. Wie uns heute zu Ohren gekommen ist, hätte alleine dieser Grundstückskauf ja über 3 Mio. gekostet, also hätten wir dort schon mal die Hälfte der 7 Mio. wieder drin, die nicht zwingende Ausgaben sind der Stadt. Und ein weiteres

Votum heute Abend, Nicolas, das was Du gesagt hast, als wir die 1 bzw. 3 Mio. für Sozialhilfe diskutiert haben. Als Du, Nicolas, gesagt hast «Ihr könnt beschliessen, was Ihr wollt, wir geben diese Million trotzdem aus.» Dort ist der Fehler. Es ist Euch, dem Stadtrat, Wurst, was wir beschliessen, Ihr gebt einfach aus, was Ihr wollt. Das könnt Ihr mit dem Globalbudget, diesen Konstruktionsfehler hat das leider, dadurch könnt Ihr das so biegen. Und jetzt müsst Ihr nicht die Verantwortung für das Schulden machen an uns abschieben.

Stadtrat N. Galladé: Ich bin persönlich angesprochen worden – ich konnte zwei Wochen lang nichts sagen... Wir haben auf Seite 16 von 19 zwei Anträge. Die SVP hat einen Antrag begründet, den sie dann zurückgezogen hat. Da sind wir uns einig. Und über den FDP-Antrag wurde abgestimmt. Und das wird man auch in den Voten nachlesen können: Das ist eine andere Argumentation als die Eure. Das ist die Argumentation, dass man davon ausgeht, dass das reichen wird. Abgesehen davon, dass die Sozialbehörde – und es ist eben nicht die Sozialhilfe, Dani, sondern es ist eben Asylfürsorge – dafür zuständig ist. Nein, Dani, nicht so. Man hat gewisse Regeln und an die halten wir uns, und man hat gewisse Anträge, die sind begründet, die werden gestellt, die werden zurückgezogen. Massgebend ist dieser Antrag und dieser Antrag war damit begründet: Ja, man hat eine Projektion von 380 Fällen und so, man schaut mal, wie das stimmt... Ich fürchte, unsere Prognosen waren leider besser. Wenn Eure Prognose stimmen sollte, würde mich das doch sehr freuen. Aber es ist nicht so, dass man den Antrag nicht so gestellt hätte – Du hast einfach zum falschen Antrag argumentiert.

D. Oswald (SVP): Du hast gesagt, man könne das schon beschliessen mit der Million, die Rechnung wird einfach um 1 Mio. höher.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gut, ich glaube, wir gehen weiter. Yvonne Beutler.

Stadträtin Y. Beutler: Noch ganz kurz, Dani Oswald. Das Finanzvermögen hat die Aufgabe, sich selber zu refinanzieren und einen Gewinn zu erwirtschaften. Also kannst Du nicht bei 3 Mio., die man ins Finanzvermögen investiert, jetzt einfach sagen: «Ja, und wenn wir das nicht machen, dann haben wir unsere Steuerfusssenkung refinanziert.» Sorry. Und jetzt nochmals, einfach: Können wir uns darauf einigen, dass die Höhe der Verschuldung davon abhängt, wie gross der Free Cash Flow ist? Gut. Sprich: Höhe Abschreibungen und Resultat Erfolgsrechnung. Und können wir uns darauf einigen, dass wenn das Resultat der Erfolgsrechnung schlechter gemacht wird, dass dann der Cash Flow geringer wird und dass die Verschuldung steigt? Ja gut. Vielleicht, Iris, kannst Du ihm weiterhelfen, Du bist Expertin beim Free Cash Flow. Ich muss einfach sagen: Ich habe ein bisschen Mühe, wenn man letztlich darüber zu streiten beginnt, dass $1 + 1$ nicht mehr 2 gibt, weil das einem nicht in die Ideologie passt. Ich glaube, man kann politisch so oder so oder auch ein bisschen anders, wie auch immer, aber $1 + 1$ gibt nun einfach mal 2. Und wenn man hinsteht und sagt, das ist nicht so, dann muss ich sagen, finde ich es sehr schwierig, hier drinnen irgendwelche nachhaltige Finanzpolitik zu machen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich schlage vor, Dani Oswald, Du nimmst Yvonne Beutler nachher mit ins Fonduezelt.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich möchte darauf hinweisen: Ich habe eigentlich gesagt, wenn wir bis halb sieben mit dem Budget durch sind, dann hängen wir die zweite Sitzung gleich an. Wir haben jetzt 10 Minuten überzogen, darum möchte ich jetzt keine Zeit mehr verlieren. Wir hängen die zweite Sitzung gleich an, ausser es gibt jetzt einen Ordnungsantrag. – Nein.

Entsprechend komme ich zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung geht es um Steuern und Finanzausgleich. Wir haben einen Antrag von Seiten Grüne/AL, den Steuerfuss auf 124% zu erhöhen, und einen Antrag von Seiten SVP, den Steuerfuss auf 120% zu reduzieren. Wir stellen diese gegenüber.

Wer bei der Gegenüberstellung für einen Steuerfuss von 124% ist, soll das bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer für einen Steuerfuss von 120% ist, soll das bezeugen mit Handerheben.

Enthaltungen?

Dann muss ich nicht einmal den Stichentscheid fällen. Damit ist im Moment der obsiegende der Antrag Grüne/AL für 124% mit 29:28 Stimmen und einer Enthaltung.

Der Steuerfuss von 124% wird dem stadträtlichen Antrag auf 122% gegenübergestellt.

Wer dem Antrag auf 124% Steuerfuss zustimmen will, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Antrag des Stadtrates, nämlich 122%, zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit.

Entsprechend werden wir nächstes Jahr einen Steuerfuss von 122% haben.

Und damit haben wir auch das Departement Finanzen abgeschlossen.

Wir kommen zur allfälligen Beratung vom Teil A und vom IAFP.

Wer hat noch Bemerkungen zum Buch A oder zum IAFP? – Es gibt keine Bemerkungen.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Unter Berücksichtigung der bisherigen Abstimmungen an den letzten drei Abenden wird eine Mehrheit meiner Fraktion das Budget ablehnen.

S. Stierli (SP): Wir haben jetzt ja alle Produktgruppen abgenommen und kommen zur Schlussberatung, wie wir das jedes Jahr haben. Für das Zeitmanagement kann ich nichts. Aber nur kurz ein Wort, wie wir abstimmen werden in der Schlussabstimmung. Ich denke, wir haben das schon beim Eintreten gesagt: Es ist grundsätzlich ein gutes Budget, das der Stadtrat uns vorgelegt hat. Yvonne Beutler hat vorhin die Kostentreiber nochmals gezeigt (Schule, Pflege, Individuelle Unterstützung). Diese sind bekannt. Es freut mich sehr, dass die Regierungsrätin Jacqueline Fehr das letzte Woche auch nochmals thematisiert hat, nämlich die Sonderlasten, die die Städte zu tragen haben. Das soll wirklich nochmals diskutiert werden. Der Soziallastenausgleich, denke ich, wird auch thematisiert werden, und das wird auch Einfluss haben auf den IAFP.

Michael Gross, Ihr habt das vorhin in den Saal gebrüllt, es sei ein schlechtes Budget. Für uns ist es grundsätzlich ein gutes Budget. Es sieht nämlich auch verschiedene Ausbauten vor, die notwendig sind, um den Rückstand wiedergutzumachen, Investitionsstau zu beheben und auch die neuen Aufgaben, die gekommen sind, bewältigen zu können.

Schuldenabbau ist auch ein Thema. Ich denke an die 15 Mio. oder 17.4 Mio., die wir jetzt im Eigenkapital haben. Bei den 15 Mio. vom Stadtrat hätten wir gefunden, das ist angemessen, da machen wir mit bei diesem Thema. Die Kürzungsanträge, die heute und letztes Mal durchkamen, sind allesamt wirklich nicht sinnvoll. Die muss das städtische Personal ausbaden, indem es Mehrarbeit hat oder nicht entlastet wird, das geht voll auf ihre Arbeit. Oder dann sind sie auf dem Buckel der Ärmsten im Asylbereich, was auch wirklich stossend ist.

Sehr stossend auch der Kürzungsantrag, der durchgekommen ist bei den Lohnmassnahmen, und es sind wirklich geringschätzige Voten gefallen gegenüber dem Personal. Das ist nicht gut, das lehnen wir ab. Das Personal muss sich wirklich düpiert fühlen, was es da hören musste.

Wie gesagt: Insgesamt stimmen wir dem Budget, das gut ist, zu. Es gibt dem Stadtrat auch wieder ein bisschen Spielraum, um diese Stadt weiterzuentwickeln, um aus der Lähmung herauszukommen. Und das ist gut so.

Ein Teil von uns wird das aber ablehnen, insbesondere auch als wichtiges, als starkes Zeichen gegenüber dem städtischen Personal, dem wir auch von unserer Seite her Wertschätzung ausdrücken wollen.

U. Hofer (FDP): Auch von meiner Seite her eine kurze Zusammenfassung. Ich muss feststellen, die SP und Roland können auch rechnen. Wenn es darum geht bei der Steuerfusserhöhung, diese zukünftig zu begründen, kann er den IAFP auch lesen. Aber nachher, wenn es konkret darum geht, heute zu entscheiden, was heute angemessen ist, dann spielen die Zahlen halt auch keine Rolle mehr.

Dann hat er sauber nachgerechnet: Wir haben das Ausgabenwachstum um 2.4 Mio. reduziert, damit steigt der gesamtstädtische Aufwand immer noch um 69 Mio. Wir werden neu 82 Stellen schaffen anstatt 85 und wir haben abgesehen von den bereits im Budget enthaltenen Lohnmassnahmen immer noch rund 3.6 Mio. für Lohnmassnahmen zur Verfügung, sprich eine Lohnerhöhung durchschnittlich von 1.2 %. Auch der Personalaufwand steigt um 12 Mio. statt 13 Mio. Man könnte meinen, dass das bei einer PK-Sanierung in dreistelliger Millionenhöhe, inexistentem Eigenkapital und einem tiefroten IAFP, den man dann einfach vergisst, wenn man über das spricht, immer noch relativ grosszügig ist.

Den Vergleich mit der Privatwirtschaft hat Michi Gross bereits gesagt. Ich kann mich dem nur anschliessen. Die würde bei diesen Zahlen nur müde lächeln. Und es tönt jetzt so, als würde die Welt untergehen, es tönte die ganzen letzten zwei Wochen so, als würde die Welt untergehen. Und wie ein Budget, das eigentlich gut ist, um 1% korrigiert plötzlich nicht mehr gut sein kann, das kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen.

Und da bekomme ich dann wirklich graue Haare, wenn das Budget nun daran scheitert und die SVP dasselbe macht und wir im März wieder da sitzen wegen dem gleichen, dann muss ich also sagen: Wenn wir nicht wirklich glauben, dass wir dann schlauer sind und das besser machen, dann ist das Symbolpolitik, die mit echter Politik wirklich nichts mehr zu tun hat.

Stadträtin Y. Beutler: Danke vielmals, Urs Hofer. Ich muss sagen, ich wäre auch etwas ratlos, wenn dieses Budget jetzt abgelehnt werden würde, weil die Gründe ja eigentlich nicht so klar sind. Die einen denken, wir sparen zu viel, die anderen zu wenig, den einen ist der Steuerfuss zu hoch, den anderen zu tief. Insgesamt kann man glaube ich sagen, dass die Mitte, in der das Budget ist, eine gute Grösse ist. Sie haben sich hier drinnen demokratisch geeinigt, das Budget um 2.4 Mio. Fr. zu verbessern. Andere Anträge wurden abgelehnt.

Deshalb bitte ich Sie einfach, dass Sie selber jetzt auch die demokratischen Entscheide, die Sie hier drinnen gefällt haben, auch gegenseitig respektieren und das Budget so verabschieden. Die Konsequenz, wenn wir kein Budget haben: Wir haben ein Not-Budget, wir werden Ihnen wieder ein Budget bringen. Ich gehe davon aus, dass dieses sehr, sehr ähnlich sein wird wie das, das Sie heute Abend so beschlossen haben. Wir können uns gerne nochmals treffen im März, aber wie Urs das gesagt hat, ich glaube, wir hätten auch noch anderes vor miteinander.

Also danke vielmals, wenn hier drinnen eine Mehrheit das Budget verabschiedet. Es sind alle Zeichen angekommen, alles verstanden – aber jetzt kann man es einfach verabschieden.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ja, diese Zeichen haben wir in langen Diskussionen gefällt und jetzt stimmen wir ab.

Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses. Wir gehen in der Reihenfolge des ursprünglichen Antrages, wie der Stadtrat es formuliert hat, durch und stimmen über Punkt 1, 2, 3 und 4 ab.

1. Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2019 wird genehmigt.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Dem Antrag wurde mit grosser Mehrheit zugestimmt.

2. Das Budget der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2019 wird genehmigt.

Wer das genehmigt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnt?

Das ist das gleiche Mehrheitsverhältnis wie vorher, das ist angenommen.

3. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 Prozent (2018: 122 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Auch das ist eindeutig angenommen.

4. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2020 bis 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

In dem Fall einige Enthaltungen, aber klar angenommen.

Damit haben wir das Budget fertigberaten.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2018.86: Kommunale Nutzungsplanung: Festsetzung der Umzonung Wallrüti und des öffentlichen Gestaltungsplans «Schulhaus Wallrüti»

und

10. Traktandum

GGR-Nr. 2018.87: Kredit von Fr. 28'418'000 für den Ersatzneubau des Klassentraktes, den Umbau des Singsaal- und Turnhallentraktes der Sekundarschulanlage Wallrüti in Oberwinterthur, für einen Ergänzungsbau zum Kindergarten und den Ersatz des Baumbestandes mit Instandstellung des Schulparkplatzes

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu den Traktanden 9 und 10, die wir heute noch wie angekündigt behandeln wollen. Michael Bänninger stellt das ganz effizient vor. Es geht um das Schulhaus Wallrüti.

M. Bänninger (BBK): Es geht um das Schulhaus Wallrüti und zuerst aber um die Weisung 2018.86 Kommunale Nutzungsplanung Region Wallrüti.

Auf Wunsch nach Effizienz nehme ich die Abkürzung quer durch.

Die Weisung lautet:

Antrag 1: Die Umzonung Wallrüti von der dreigeschossigen Wohnzone mit Gestaltungsplanpflicht in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen mit Gestaltungsplanpflicht festzusetzen.

Antrag 2 lautet: Auf Kompensation der dieser Wohnzone im südlichen Bereich des Gestaltungsplanperimeters wird verzichtet.

Ich mache da einen kurzen Rückblick, wie es gelaufen ist. Man machte 2012 einen Abtausch Wallrüti/Zinzikon, um Zinzikon realisieren zu können. Man machte damals einen Abtausch mit der Zone für öffentliche Bauten, eigentlich im jetzigen Planquadrat für das Schulhaus Wallrüti. Man hatte dann aber eine Einsprache, ging nochmals über die Bücher und kam zum Schluss, dass es Sinn macht, dass man das ganze Gebiet Wallrüti in die Zone für öffentliche Bauten belässt.

Der öffentliche Gestaltungsplan: Mit dem öffentlichen Gestaltungsplan soll eine städtebaulich hochwertige Gestaltung des Areals und eine zweckmässige Ordnung der öffentlichen Nutzung sowie die etappierte Entwicklung des Areals gesichert werden. In der ersten Etappe, die man da sieht auf dem Bild, wird der neue Klassentrakt erstellt und der Altbau zurückgebaut.

Die übrigen Gebäude bleiben bestehen. Die frei werdende Fläche beim heutigen Standort des Schulhauses wird als Freiraum gestaltet.

In der zweiten Etappe (auf dem Bild oben) werden Turnhalle und Singsaal abgebrochen und neu gebaut. Das Parkband, das entsteht entlang der Guggenbühlstrasse, wird bis zum Kindergarten realisiert. Die Parkplätze werden in eine Tiefgarage verlegt oder im Parkband integriert.

In der dritten Etappe (auf dem unteren Bild) wird der Kindergarten abgebrochen und neu gebaut. Das restliche Parkband Richtung Schule/Station Wallrüti wird realisiert.

Da noch kurz weitere Elemente zum öffentlichen Gestaltungsplan betreffend Verkehr, Tempo-30-Zone auf der Guggenbühlstrasse, Erschliessung hauptsächlich über die Guggenbühlstrasse, ÖV-Gütekategorie B im ganzen Gebiet und auch die Bemerkung, dass Bushaltestellen im Bereich Wallrüti auf der Stadlerstrasse vorhanden sind.

Gemäss dem Stadtratsbeschluss vom 26. Februar 2014 sind für Arealüberbauungen und Gestaltungspläne Minergie P, der SIA-Energieeffizienzpfad 2040 oder vergleichbare Standards vorgeschrieben. Diese Vorgabe wurde in die Bestimmungen des Gestaltungsplans übernommen.

Das Gebiet grenzt im Westen an die Bahnlinie. Es besteht ein rechtsgültiger Richtplaneintrag für den Ausbau dieser Linie auf eine Doppelspur. Die entsprechende Interessenlinie der SBB wird berücksichtigt.

Der Gestaltungsplan wurde durch das Amt für Raumentwicklung vorgeprüft. Die Genehmigung wurde mit einzelnen (untergeordneten) Auflagen in Aussicht gestellt.

Die öffentliche Auflage erfolgte vom 11. Dezember 2017 bis 8. Februar 2018. Während dieser Frist ist eine Einwendung eingegangen.

Damit wären wir beim Schulhaus Wallrüti, bei der Weisung 2018.87. Es geht um einen Kredit von 28.418 Mio. für den Ersatzneubau des Klassentraktes, den Umbau des Singsaal- und Turnhallentraktes der Sekundarschulanlage Wallrüti in Oberwinterthur, für einen Ergänzungsbau zum Kindergarten und den Ersatz des Baumbestandes mit Instandstellung des Schulparkplatzes und einem vorgezogenen Projektierungskredit von 800'000 Fr.

Wichtig anzumerken: Beim Antrag 1 wurde die falsche Projektnummer verwendet worden.

Korrekt würde sie lauten: 12883. Ich bitte, das im Protokoll so zu vermerken.

Der Antrag 2 bezieht sich auf eine Photovoltaikanlage, die auf dem Dach des neuen Schulhausgebäudes erstellt wird durch das DTB (Stadtwerk). Die Finanzierung dieser Anlage erfolgt aus dem 90-Millionen-Rahmenkredit für erneuerbaren Strom.

Antrag 3 ist ein administrativer Akt.

Im Antrag 4 wird wie gesagt der Projektierungskredit von 800'000 Fr. für die vorgezogene Submissionsplanung für das gesamte Vorhaben beantragt.

Dann wären wir eigentlich schon beim Inhalt, der inhaltlichen Betrachtung.

Der Zahn der Zeit nagt... das vor allem an der Sicherheit der Gebäudestruktur und das heisst, auch an der Sicherheit dieses Schulhauses Wallrüti. Das sind Aufnahmen aus den Jahren 2010 und 2014. So geht die Geschichte weiter. Man hat auf dem rechten Bild unten behelfsmässige Sofortmassnahmen getroffen, um den Korrosionsprozess zu stoppen oder zu verlangsamen versuchen.

Der Klassentrakt ist baulich in einem so schlechten Zustand, dass er dringend ersetzt werden muss. Die zur Statik erstellte Fachexpertise hat die Gebrauchstauglichkeit nur bis 2017 zugesichert. Der Ersatzneubau für den Klassentrakt muss aus diesem Grund so schnell wie möglich erfolgen.

Um den vorgesehenen Zeitplan mit Bezug des Neubaus im Januar 2022 einhalten zu können, muss mit der Submissionsplanung bereits vor der Volksabstimmung begonnen werden können. Dafür ist der Projektierungskredit von 800'000 Fr. notwendig.

Winterthur wächst und so auch die Zahl der Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler im Schulkreis Oberwinterthur. Gemäss Schulraumprognose 2016 wächst sie von 535 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2018/19 auf 872 im Jahr 2028/29. Dies führt zu einem Anstieg der Anzahl der Klassen von 28 auf 47 im Schuljahr 2028/29.

Ein kurzer Blick in die Geschichte.

1974 wurde das Schulhaus Wallrüti erstellt. Im Juni 2006 erklärte der Stadtrat das Sanierungskonzept von 7.55 Mio. Fr. als gebundene Ausgaben und bewilligte es. Im April 2008 strich er das Ganze und prüfte einen Ersatzneubau. Man sprach erste Projektierungskredite über gesamthaft 300'000 Fr. und im April 2014 verfügte die Baudirektion des Kantons Zürich für das bestehende Schulhaus Wallrüti den Verzicht auf Unterschutzstellung und auf Aufnahme ins Inventar. Im November 2015 haben wir hier drinnen den Projektierungskredit von 1.9 Mio. gesprochen. Im September 2016 kürte man das Siegerprojekt «Grosser Bär» vom Zürcher Büro Schneider Studer Primas.

Meilensteile werden sein in Zukunft: Wenn die Stimmberechtigten dem Vorhaben bis zum Sommer 2019 zustimmen, soll der neue Klassentrakt zu Jahresbeginn 2022 in Betrieb genommen werden können, wenn alles optimal läuft. Der umgebaute Turnhallen- und Singsaaltrakt sowie der Ergänzungsbau für den Kindergarten werden im Anschluss erstellt und sollen zum Jahresbeginn 2023 für die Nutzung zur Verfügung stehen.

Die Anforderungen waren hoch, wir haben es diskutiert beim Projektierungskredit. Die Kostenvorgaben waren gesetzt: 30 Mio. darf der Bau kosten. Es soll ein Neubau sein, der zeitlich, pädagogisch up-to-date ist und aktuellste Unterrichtsformen zulässt. «Grosser Bär» erfüllt diese, zumindest auf dem Papier. Merkmale des «Grosser Bär» wurden in der Zeitung referenziert: Es ist ein Schulhaus ohne Gänge. Sämtliche Erschliessungen im Aussenbereich laufen über die Flanierterrassen. Es soll wirtschaftlich sein und die Schüler zur Bewegung im Freien animieren (ein bisschen mit Nachdruck).

Vertretungen der Schlupflege und der Schulleitung sind überzeugt vom Projekt.

Das neue Sekundarschulhaus Wallrüti versteht sich als Ort der Offenheit und des transparenten Unterrichts. Auf drei Geschossen sind die Schulräume innerhalb einer regelmässigen Grundstruktur angeordnet, auf ein Kellergeschoss wird verzichtet.

Sämtliche Erschliessungen im Aussenbereich funktionieren via Flanierterrassen und sind zugleich auch die Zugänge in die Klassenzimmer und Arbeitsräume.

Das neue Schulhaus wird 28 Klassenzimmer, drei Schulküchen, drei Naturkundezimmer, drei Handarbeitszimmer, zehn Gruppenräume, einen grossen Pausenraum und eine Bibliothek beherbergen. Bei 18 Klassenzimmern wird die Fläche für den Gruppenraum der Fläche des Klassenzimmers dazugerechnet.

Ein paar Schlagwörter: Schule im Park (Grünraum rundherum), Transparenz und Offenheit, Raumkonzept, durch Interaktion geprägt, Ankerpunkt im Quartier, durch die Guggenbühlstrasse erschlossen.

Die flexiblen Tragstrukturen lassen die Raumeinteilungen flexibel, d.h. auch zukünftige Nutzungsmöglichkeiten sind da schon mit angedacht und man kann in dem Sinn auf sie reagieren. Auf teure und unterhaltsintensive Technik wird verzichtet. Automatisiertes Lüften über Fenster und Türen ersetzt in den Klassen die mechanische Lüftung.

Der reduzierte Energieverbrauch wird mit Hilfe von Erdsonden und einer PV-Anlage CO₂-neutral gedeckt. Die Vorgaben des Effizienzpfads Energie nach SIA 2040 werden erfüllt, das Gebäude ist tauglich für die 2000-Watt-Gesellschaft.

Kurz ein paar Visualisierungen, wie sie auch in der Weisung zu sehen sind. Ich gehe da ohne grosse Kommentare durch. Beim Querschnitt ist besonders zu beachten, auch schön visualisiert, wie die verschiedenen Aufgangrampen bzw. -treppen realisiert werden sollen. Das wäre der Neubau, die Ost-/West-Ansicht, Süd/Nord. Und zum Schluss noch ein kleines Detail der Fassade, wo man sehr schön sieht, wie die Fensterfront gegliedert werden soll: Schiebetüren und da auf der rechten Seite, dieses Element wäre dann für die automatisierte Lüftung für den Wärme-/Kälteausgleich in der Nacht. Die Visualisierung haben Sie sicher schon einmal gesehen. Es sieht grün aus, Flanierterrassen, ein Ort zum Verweilen, um sich zu treffen, die transparenten, hellen Klassenräume.

Ebenfalls ein wichtiger Teil der Weisung ist der Umbau, sprich der Rückbau des Klassentraktes. Alle gelb eingezeichneten Elemente sind Rückbauten. Es geht um Schadstoffsanierung und Abbruch des Klassentraktes. Die roten Elemente sind Neubauten.

Im Erdgeschoss des Werktraktes und Singsaal geht es darum, dass man eine Kombiwerkstatt einbauen möchte, Brandschutzmassnahmen sollen up-to-date eingerichtet werden und eine Rollstuhlgänglichkeit ist ebenfalls vorgesehen.

Im Untergeschoss geht es darum, dass zwei Holz- und zwei Metallwerkstätten eingebaut werden sollen. Es soll ein Materiallager geben, Toilettenanlagen, Brandschutzmassnahmen und Rollstuhlgänglichkeit.

Bei der Turnhalle steht v.a. die Rollstuhlgängigkeit im Fokus. Im Untergeschoss ebenfalls die Rollstuhlgängigkeit und Brandschutzmassnahmen.

Da haben wir den Lageplan der Kindergartenerweiterung. Wie Sie sehen, ist ein Neubau geplant auf dem Gelände des Klassentraktes. Es geht darum, dass der Kindergarten Räumlichkeiten genutzt hat vom jetzigen Schulhaus Wallrüti, die nachher nicht mehr zur Verfügung stehen. Und für diese Räumlichkeiten braucht es einen Ersatz.

Somit wären wir auch schon bei den Kosten und den Kostenfolgen.

Es geht um Investitionen, die hier stehen, aber wie gesagt, es geht auch um Sicherheit. Die einzelnen Positionen gehe ich nicht durch.

Es geht da um die Gesamtkosten des Neubau Klassentrakt, die sich auf 25.708 Mio. Fr. belaufen. Dann die Kosten für den Umbau Turnhallen- und Singsaaltrakt mit 4.025 Mio. Fr., die dazukommen, das gibt ein Total von 29.733 Mio. Die Perimetererweiterung Parkplätze plus die Baumthematik ergeben die Kosten von 249'000 Fr.

Wenn der Ergänzungsbau vom Kindergarten dazugenommen wird mit 954'000 Fr., sind wir dort bei einem Kostenpunkt von 1.203 Mio. Fr. Das gibt in der Gesamtkostenübersicht Totalkosten Neu- und Umbau wie ausgeführt von 29.733 Mio. Fr. Dazu kommt der Aufwand der Machbarkeitsstudie und der Wettbewerb von 482'000 Fr. Das ergibt ein Total für den Neu- und Umbau von 30.215 Mio. Fr. Zählt man dann die Ausgaben für die Perimetererweiterung/Kindergarten noch dazu, sind wir bei einem Gesamtaufwand Schulhaus Wallrüti von 31.418 Mio. Fr.

Abzüglich dem bewilligten und beanspruchten Projektierungskredit von 2.2 Mio. Fr. sind wir bei einem zu bewilligenden Baukredit von insgesamt 29.218 Mio. Fr. Davon, wie im Antrag 4 erwähnt, will man den Projektierungskredit von 800'000 Fr. vorziehen, das ergibt dann schlussendlich einen Baukredit, der von der Volksabstimmung zu bewilligen wäre, von 28.418 Mio. Fr.

Ein kurzer Blick auf die Investitionsfolgekosten. Das sind in den Jahren 1–8 Nettoinvestitionsfolgekosten 2.78 Mio. Fr., in den Jahre 9–33 auf 2.465 Mio. Fr.

Die BBK hat der Weisung 2018.87 (Kredit für Ersatzneubau Schulhaus Wallrüti) mit 9:0 zugestimmt.

Und die gemeinsame Sitzung mit der BSKK und BBK zusammen hat der Kommunalen Nutzungsplanung mit einem Abstimmungsverhältnis von 17:1 zugestimmt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Die Weisung führt zu einer Volksabstimmung. Weisungen, die zu einer Volksabstimmung führen, diskutieren wir immer, weil diese Voten für das Abstimmungsbüchlein gebraucht werden. Es war auch nicht zu Null, von daher debattieren wir ohnehin.

Das heisst nicht, dass man die Voten lang machen muss. Wir legen gleich los, Zeno Dähler.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich danke Michael Bänninger für das Vorstellen des Geschäftes. Als 1994 die Berufsschulen kantonalisiert wurden, hat der Kanton Zürich idealerweise gleich den Rosthaufen an der Wülflingerstrasse saniert. Das war 1994. Seither rostet der Rosthaufen in Oberi vor sich hin und muss jetzt mit Sondermassnahmen zusammengehalten werden, bis wir dann zum Neubau kommen.

Die Ausgangslage damals, 1973/74, war, dass man einen günstigen Bau wollte mit wenig Unterhaltskosten. Das sind genau die gleichen Argumente, die wir jetzt wieder hören für den jetzigen Bau. Und das hat uns in der CVP/EDU-Fraktion stutzig gemacht. Ich möchte das Argument von Stadtrat Jürg Altwegg vorwegnehmen: Er hat in der Kommission darauf hingewiesen, dass es jetzt nicht um Baumaterial geht, das experimentell ist, sondern um das Konzept. Das hat uns etwas beruhigt.

Trotzdem sind wir sehr erstaunt, dass die Schulpflege und die Schulleitung den Mut haben, ein solches Konzept umsetzen zu wollen. Und wir hoffen, dass es zum Guten kommt.

Und der Punkt, der uns auch jetzt noch v.a. kritisch erscheint, sind die umlaufenden Gänge. Aber vielleicht hat das auch einen guten Nebeneffekt im Winter, bei Nieselregen und Nebel um den Gefrierpunkt: Wenn sich dann Eis bildet auf diesen Gängen, dann müssen die Schüler nicht mehr in die Zielbau Arena, sondern können die Schlittschuhe gleich vor Ort anziehen, und können sich so den Weg sparen.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion stimmen Ja zu dem. Selbstverständlich auch zu der Umzonung.

M. Nater (GLP): Vielen Dank an die Stadt für diese Planung und auch an die Planer für dieses Bauprojekt, wie das im Moment dasteht, und Michael für diese umfangreiche Vorstellung. Der Ersatzneubau Wallrütli ist im geplanten Kostenrahmen und auch die Umzonung wurde klar begründet. V.a. werden die dringend benötigten 28 Schulzimmer zur Verfügung gestellt. Die finanziellen und ökologischen Vergleichszahlen zu anderen Schulhäusern sind jedoch nicht sehr aussagekräftig, da die gewählten Schulhäuser nicht 1:1 miteinander vergleichbar sind. Schulhäuser sind halt immer noch individuelle Gebäude, die auch individuell geplant werden.

Das Augenmerk der GLP liegt auf der zukünftigen Planung, da es ein Schulgebäude werden soll, welches auch den gewünschten Komfort sicherstellen muss.

Bei der Planung für den Winterbetrieb ist vor allem der warme trockene Platz eher Mangelware. Daher sind da Lösungen zu schaffen, damit die Lehrpersonen und Schüler genügend Platz für die Ablage der Winterbekleidung im Schulzimmer haben. Bisher wurde das noch nicht befriedigend gelöst.

Bei der Planung für den Sommerbetrieb sind die Herausforderungen, trotz dieser grosser Glasfronten und einer fehlenden aktiven Kühlung angenehme Temperaturen sicherzustellen. Dabei wird sicher die Beschattung und die Nutzung des Gebäudes ein grosser Faktor sein. Auf Nachfrage der GLP hat das Planungsteam Massnahmen aufgezeigt und diese mit einer Simulation auch gerechnet. So soll bei einem klimatischen Durchschnittsjahr die Temperatur von 26.5°C nicht mehr als 60 Stunden pro Jahr überschritten werden. Dies nehmen wir zur Kenntnis und erwarten klar die Einhaltung dieser Komfortvorgaben.

Die Notwendigkeit des Ersatzneubaus ist unbestritten. Die Energieeffizienz ist gemäss Vorgaben. Die geplanten Kosten sind gemäss Vorgaben eingehalten, die der Gemeinderat vorgegeben hat, und auch ein guter Komfort für die Lehrer und die Schüler ist uns versichert worden.

Daher stimmen wir von der GLP beiden Anträgen zu.

M. Gross (SVP): Vielen Dank an Michael für die sehr gute Präsentation dieser zwei Vorlagen dieses Projektes. Wir danken auch dem Schul- und Sport-Departement bzw. dem Bau-Departement für die sehr guten Unterlagen. Trotz Dringlichkeit haben wir alles erhalten, wir konnten alle Fragen stellen und bekamen alles beantwortet.

Wir haben das Geschäft in zwei Lesungen diskutiert und abschliessend behandeln können.

Die SVP empfiehlt allen, diese beiden Vorlagen anzunehmen.

Zum Cortenstahl hat Zeno Dähler schon gesprochen. Das alte Schulhaus wurde mit einem Stahl gebaut, der bei uns leider nicht funktioniert (in den USA funktioniert er, aber bei uns funktionieren halt einige Dinge nicht, die in den USA anscheinend funktionieren). Deshalb herrscht da eine ziemliche Dringlichkeit, dass man das Schulhaus sofort angeht und erneuert, weil man sehr viel Geld hineinstecken muss, dass die Tragsicherheit am Ende des Tages noch gewährleistet ist.

Besonders bei diesem Schulhaus oder bei diesem Projekt, das jetzt da ist, ist, dass man mit einer Kostenobergrenze gearbeitet hat, und zwar mit 30.5 Mio. Das design-to-cost-Konzept war also vorgegeben. Und die Vorgabe hat zu einem ausgezeichneten Ergebnis geführt.

Das Amt für Städtebau bezeichnet das Siegerprojekt als Befreiungsschlag mit konkurrenzloser Wirtschaftlichkeit und anderen wichtigen Vorteilen. Gute Ideen müssen also nicht immer viel kosten. In dem Sinn hoffen wir, dass der auch der jetzige Stadtrat – in seiner neuen Zusammensetzung – in allen Bereichen kostenoptimierte Lösungen sucht.

Während den Beratungen in der BBK wurde hauptsächlich das spezielle Nutzungskonzept angesprochen. Es wurde jetzt schon diskutiert. Es hat keine Gänge mehr, man muss aussen herum laufen. Die Schulräume sind eben ohne Innengänge angeordnet. Man kommt immer direkt vom Schulraum nach draussen. Die Visualisierungen sehen für uns vielversprechend aus. Alle Leute sind begeistert, es wurde gesagt, die Schulpflege und die Lehrer. Wir sind gespannt, wie sich das Konzept funktioniert. Es ist ja eine Oberstufe, die dann da einzieht. Wir sind auf jeden Fall überzeugt von diesem Projekt: Optisch, technisch und wirtschaftlich.

F. Landolt (SP): Ich kürze etwas ab und beschränke mich auf den wesentlichen Teil. Es ist effektiv, das wurde schon einige Male gesagt, ein bemerkenswertes Schulhaus. Kostenvorgabe, 28 Klassenzimmer für diesen Preis – das ist wirklich eindrücklich. Und diese Kostenvorgabe hat dann effektiv dazu geführt, dass die Projektverfasser eine radikale und eine kühne Idee in Umlauf brachten oder vorgeschlagen haben. Dieser Verzicht auf die innere Erschliessung. Wenn man die anderen Projekte angeschaut hat, dann waren das alles konventionelle Schulhäuser mit einem Mittelgang, irgendwie angeordnet, aber sicher konventionell. Und es ist zumindest fraglich, ob diese die Kostenvorgabe erfüllt hätten. Aber dieses Projekt ist dazu offenbar fähig.

Meines Wissens gibt es keine vergleichbare Anlage in der Schweiz und auch im umliegenden Ausland. Entsprechend der Kühnheit dieser Idee mussten natürlich verschiedene betriebliche Abklärungen gemacht werden, beispielsweise: Stosslüftung - die Fenster kann man aufmachen in den Pausen, und sonst sind sie zu (im Winter). Reicht dann die Stosslüftung, um die ganze Luft umzuwälzen in diesen 10 Minuten, die die Pause dauert? Oder die sommerliche Überhitzung. Ist es möglich (es gibt keine Lüftungsanlage in diesem Schulhaus), angenehme Temperaturen – oder keine Überhitzung – zu erzeugen im Sommer? Oder ist es möglich, das Schulhaus auch bei nassem und schlechtem Wetter sauber und trocken zu halten? Denn man geht ja unmittelbar vom Nassbereich nach innen ins Schulhaus. Wo können die 15- bis 18jährigen (es sind 500 Schüler) ihre Jacken, Mäntel und Sporttaschen hinhängen oder -stellen? Können Störungen von ausserhalb bei diesen grosszügigen Fronten vermieden werden, wenn die Schüler sich auch im Aussenraum aufhalten? Es sind solche betrieblichen Fragen, die wir auch in der BBK diskutiert haben.

Das Departement Bau hat uns, dann auch zusammen mit einem privaten Ingenieur, diese Studien und Berechnungen präsentiert. Und es scheint zu funktionieren. Aber der Tatbestand musste noch nicht erbracht werden. Nach einigen Jahren Betrieb wird man sehen, ob die Aussagen, die da versprochen wurden, effektiv gesicherte Aussagen sind oder nicht. Und wir haben in der BBK gefragt: Gibt es einen Plan B für Nachrüstungen oder Anpassungen, wenn der Testbetrieb, der Praxistest, nicht bestanden werden sollten. Und da sagten die zuständigen Fachleute klar, dass sie darauf verzichten, weil sie absolut überzeugt sind, dass diese Anlage funktioniert, auch bei diesen kritischen Aspekten, die ich erwähnt habe.

Und da hätten wir uns eigentlich noch gewünscht, dass irgendein Plan B noch diskutiert werden könnte, z.B. eine Bodenheizung. Mit einer Bodenheizung kann man nochmals temperaturmässig auf ein Gebäude Einfluss nehmen, wenn man dort im Sommer kalte Temperaturen durchpumpt. Aber wir es sehen. In 3-4 Jahren bzw. in 5-6 Jahren werden wir das sehen. Das waren 2-3 kritische Fragen.

Aber die SP bedankt sich bei den Verantwortlichen für die Vorlage und die manifestierte Transparenz und den erkennbaren Willen, diesen Weg zu begehen. Und sie bedankt sich auch für die Kühnheit, pädagogisches und bauliches Neuland zu betreten.

R. Diener (Grüne/AL): Ich versuche es noch ein bisschen kürzer zu machen. Die Grünen/AL stehen hinter den Änderungen im Zonenplan und wir stehen auch hinter dem Schulhaus. Zum Zonenplan ganz kurz: Wir finden es sehr sinnvoll und zweckmässig, dass man jetzt dort diese Reserven behält in der städtischen Hand. Es ist die einzige und richtige Antwort für eine Stadt, die sich entwickelt, die wächst, die künftige Bedürfnisse umsetzen müssen wird. Ich denke da eben gerade an das Thema Schwimmbad.

Zum Schulhaus selber stehen wir auch, mit diesen Anmerkungen, die schon gemacht worden sind. Wir sind vom Bau, vom Konzept des Baus überzeugt. Es ist ein zweckoptimierter Bau,

energetisch effizient, er erfüllt die Vorgaben, die man gemacht hat auf eine clevere Art und Weise. Er überzeugt aber auch durch die architektonische Gliederung, die er von aussen zeigt. Es ist nicht einfach ein Klotz in der Landschaft, sondern es ist aufgegliedert, es wirkt von der Aussensicht her auch überzeugend. Und die einzige Bemerkung, die auch wir haben, ist: Wir sind noch nicht ganz sicher, ob der Betrieb auch wirklich so funktioniert, wie man sich das vorgestellt hat. Wir haben uns aber durch die Argumente, die von den Fachleuten und den Betroffenen in den Schulkreisen, also denen, die auch mit den Schülern und mit den Lehrern umgehen (die Lehrer selber haben mitgemacht bei diesen Bewertungen), überzeugen lassen. Sie haben uns überzeugt, dass sie selber überzeugt sind, dass das funktionieren kann. Dass eine Klasse in der Pause ins Freie hinausgeht, ist sicher nicht falsch. Es ist sicher eine gute und auch clevere Überlegung, um auch Bewegung und Frischluftzufuhr nicht nur in den Räumen, sondern auch bei den Menschen ein bisschen zu fördern. Von daher gesehen glauben wir, dass das Konzept fliegen kann und stehen dahinter und bejahen es deshalb auch.

M. Bänninger (EVP): Auch wir von der EVP sprechen uns klar für die Erstellung des Neubaus aus. Es ist höchste Zeit zu handeln, bevor die ersten Trägerbalken ganz durchgerostet sind.

Der Neubau ist auf den ersten Blick mutig. Keine Innenräume, alle Klassenzimmer sind von aussen her zugänglich. Ist das handelbar? Ist das gut? Funktioniert die Nachauskühlung in einem Sommer wie in diesem Jahr? Und wie werden die Aussenflächen in den Obergeschossen im Winter dann vom Schnee und Eis befreit? Wir sind zuversichtlich, dass die Praxis und die Fachexperten vor Ort gute Lösungen finden werden.

Der gesamte Gestaltungsplan ist durchdacht und macht aus unserer Perspektive Sinn. Mit einem Park im Süden des Gebietes erstellen wir jetzt eine Naherholungszone für die Bevölkerung und lassen uns für die Zukunft die Optionen offen.

Wir stimmen beiden Vorlagen zu.

R. Heuberger (FDP): Zu Beginn der Diskussionen um das neue Sekundarschulhaus Wallrüti wurde das von Stefan Fritschi gewählte Vorgehen, das er gemäss seiner Funktion als Schulvorsteher damals präsentiert hat, dass man nämlich zuerst ein Kostendach setzt und dann prüft, ob ein Schulhaus mit dem vorgegebenen Kostendach tatsächlich umsetzbar ist, von diversen Fraktionen harsch kritisiert. Den einen war das Kostendach immer noch ein bisschen zu hoch, während sich die anderen überzeugt davon waren, dass ein Schulhaus mit diesen Mitteln nicht umgesetzt werden kann.

Heute wissen wir: Das Vorgehen hat sich bewährt. In einem Wettbewerb wurde ein überzeugendes Projekt für die Umsetzung des Schulhauses zu den vorgegebenen Kosten präsentiert und in der Folge auch noch mit den Interessengruppen (den künftigen Nutzern dieses Schulhauses) verfeinert. Das neue Schulhaus (in dem übrigens Schüler von 12-16 Jahren drin sind, lieber Felix, 15-18jährige haben wir in der Lehre) ist in seiner Konzeption sicher sehr speziell, aber nicht neuartig. Ähnliche Gebäude gibt es im Ausland bereits, im Norden von uns. Wir begehen also nicht völliges Neuland beim Bau dieses Schulhauses.

Und ja, wir haben in der BBK das Projekt sehr kritisch hinterfragt und ganz viele Fragen zu diesem Schulhaus gestellt. Einige davon haben wir heute Abend auch wieder gehört. Aber wir haben überzeugende Antworten auf unsere Fragen erhalten. Heute sind wir überzeugt davon, dass wir mit dem vorliegenden Projekt eine gute Lösung gefunden haben.

Wir danken Stefan Fritschi, dass er an seiner Idee trotz aller Widerstände konsequent festgehalten und sie weiterverfolgt hat.

Wallrüti hat aus unserer Sicht das Potential, zu einem Leuchtturmprojekt für künftige Schulbauten in der Schweiz zu werden. Die FDP-Fraktion sagt Ja zu Umzonung und Ja zum Investitionskredit.

Stadträtin Ch. Meier: In Anbetracht der fortgeschrittenen Uhrzeit mache auch ich es so kurz wie möglich. Ich möchte Michael Bänninger ganz herzlich danken für die sehr gute Präsentation dieser beiden Geschäfte.

Wir haben wie gesagt einerseits die kommunale Nutzungsplanung mit dem Gestaltungsplan. Es macht durchaus Sinn, dass wir darauf verzichten, diese Umzonung zu kompensieren, denn (wie wir es gehört haben) im Hinblick auf die Bevölkerungsprognose werden wir froh sein, wenn wir da dann auch noch gewisse Landreserven haben. Neben der Deckung der Bedürfnisse der Schule bietet der Gestaltungsplan auch eine deutliche Aufwertung für das Quartier, es ist also eine Win-win-Situation für alle in diesem Quartier.

Zum Schulhaus: Wir haben es gehört, es ist dringend, dass da gehandelt wird. Der bauliche Zustand des Schulhaus Wallrüti aus dem Jahr 1974 ist bedenklich. Wir müssen diesen Neubau vorantreiben und deshalb sind wir auch wirklich darauf angewiesen, dass wir den vorgezogenen Projektierungskredit von diesen 800'000 Fr. zur Verfügung haben, damit wir gewisse Arbeiten schon vor der Volksabstimmung in die Wege leiten können.

Mit design-to-cost gehen wir neue Wege, das haben wir auch gehört. Wir haben die Erschliessungsflächen (zum Glück nicht alle Räume, sondern nur die Erschliessungsräume), die im nicht beheizten Bereich sind. Damit kann sehr viel Geld gespart werden. Wir gehen neue Wege. Die KSP, die Schulleitung, die Lehrpersonen stehen hinter diesem Weg. Ich bin absolut überzeugt, dass wir mit «Grosser Bär» ein vollwertiges, ein modernes, ein funktionales und sehr spannendes Schulhaus erhalten werden.

Und ich danke Ihnen ganz herzlich für die Zustimmung.

Stadtrat J. Altwegg: Ich denke, ich kann es noch kürzer machen. Ihr habt schon alles gesagt. Ganz herzlichen Dank für das Wohlwollen, das Ihr diesem Schulhaus entgegenbringt. Vielleicht auch vom Namen her das Fell vom Bär nicht schon zu früh verteilen – ich hoffe sehr, dass das gut funktioniert, eine gute neue Lösung darstellt, dass es wirklich ein Leuchtturm wird für unsere Schülerinnen und Schüler.

Vielleicht auch noch zum bisherigen Schulhaus: Wir ertüchtigen das noch, damit das bis 2022 sicher noch hält, aber nachher sind wir wirklich sehr froh, wenn wir dann das neue Gebäude haben, das im neuen Glanz erstrahlen darf.

Ganz herzlichen Dank für dieses Weihnachtsgeschenk. Ich denke, es ist wichtig, dass wir die Volksabstimmung noch vor den Sommerferien im nächsten Jahr durchführen können.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Bei der kommunalen Nutzungsplanung können wir die Anträge 1-4 zusammen abstimmen, ausser es gibt Einwendungen. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wer der kommunalen Nutzungsplanung zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben?

Ablehnungen?

Enthaltungen?

Das ist einstimmig.

Dann kommen wir zum Kredit. Dort müssen wir den Punkt 1 auszählen, da dieser vor die Volksabstimmung geht.

Wer dem Punkt 1, dem Antrag Kredit 28.418 Mio., zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Wir müssen wegen der Volksabstimmung auszählen.

Wer das ablehnen möchte?

Ihr habt das mit 58:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Punkt 2-5 stimmen wir wieder zusammengefasst ab. Gibt es Einwendungen? – Nein.

Wer den Punkten 2-5 zustimmen möchte, bitte bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Auch das ist einstimmig.

Ich komme zum Schluss der heutigen Sitzung.

Ich möchte noch sagen: Es liegt bei allen wie jedes Jahr der FCW-Kalender auf. Dieses Jahr nehmen wir ihn vielleicht ein bisschen freudiger entgegen, wenn er auf dem 2. Platz überwintert... Das ist einfach ein Geschenk vom FCW.

Damit kommen wir ganz zum Schluss. Ich wünsche allen ganz schöne, geruhsame, friedliche Weihnachtstage und dann einen ganz guten Rutsch ins neue Jahr.
Wir sehen uns dann hier im Ratssaal wieder am 21. Januar.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)